

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.  
Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgebühren),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber u. verantwortlicher Redakteur: Joh. Stanning, Hamburg.  
Redaktion und Expedition:  
Hamburg-St. Georg, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Bereits-Anzeigen  
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 80 A.  
Zeitungss-Preisliste Nr. 3202.

**Inhalt:** Ein Jubiläum. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen. Versammlungen und sonstige Bewegung. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc. Die Bauwirtschaft in Berlin im Jahre 1901. — Aus anderen Verufen. — Polizei und Gerichte. — Verschlebens. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Zentralverband der Maurer. — Zentral-Krankenkasse. — Anzeigen.

## Ein Jubiläum.

Am 1. April d. J. kann die Zentral-Krankenkasse der Maurer etc. „Grundstein zur Einigkeit“ auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß geben wir nachstehend einen kurzen Abriss ihrer Entstehung und Entwicklung nach der Darstellung des Vorstandsmitgliedes der Kasse, des Kollegen F. Kläßen.

Im Laufe des Jahres 1876 wurde in einer Mitglieder-Versammlung des „Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauerbundes“ zu Altona auf Anregung des Kollegen Kläßen eine Kommission zur Ausarbeitung eines Statuts zwecks Gründung einer Krankenkasse für Maurer und Steinhauer, die in der Stadt Altona resp. der Landgemeinde wohnten, gewählt.

Das Statut wurde dem Hilfskassengesetz vom 7. April 1876 angepaßt.

Mitglied konnten nur solche Maurer und Steinhauer werden, die auch zugleich Mitglieder des „Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauerbundes“ waren.

Das erste Statut, welches unterm 26. Februar 1877 von dem provisorischen Vorstande F. Kläßen, C. Reiß und C. Meyer unterzeichnet war, wurde unterm 28. März 1877 seitens der Regierung zu Schleswig genehmigt.

Am 1. April 1877 traten in einer zu diesem Zweck anberaumten Versammlung der Kasse circa 100 Kollegen bei und wählten den Vorstand, bestehend aus F. Kläßen, Vorsitzender, C. Reiß, Kassierer, Rehder, Schriftführer, Kohl und Mitscher, Beisitzer.

Mit dem 1. April 1878 wurde die Kasse zentralisiert, und das diesbezügliche Statut wurde unterm 4. März 1878 von der Regierung in Schleswig genehmigt. (Siehe Broschüre „Die Organisation der Maurer Deutschlands 1869—1899“, Seite 90 und 91.) Im Laufe des Jahres wurden 12 Verwaltungsstellen errichtet mit 381 Mitgliedern.

Von den Verfolgungen, welche im Jahre 1878 den Arbeiterorganisationen zu Teil wurden, sollte die junge Kasse auch nicht verschont bleiben. Noch während der Verhandlungen des Reichstages über das Schandgesetz vom 21.10.78 im Reichstage, und zwar am 14. Oktober, wurden sämtliche Bücher und Kassentextilien von der Polizei beschlagnahmt. Die Beschlagnahme erfolgte, weil die Polizei in der Kasse eine Fortsetzung des „Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauerbundes“ wahrnahm, obgleich dieser sich bereits im Juni desselben Jahres freiwillig aufgelöst hatte. Nach circa 3 Wochen wurden die Bücher wieder herausgegeben mit der Anweisung, jede Vorstandssitzung und Versammlung bei der Polizei anzumelden, welche seit der Zeit bis zum Herbst 1884 stets überwacht wurden.

Die Gefahr der Auflösung war aber noch nicht vorüber. Es hatten etliche Verwaltungsstellen zwecks Regelung der lokalen Angelegenheiten, Weerdigung usw. sich ein Nebenstatut zugelegt, welches von den Behörden bei der Revision gefunden wurde. Die Polizei benachrichtigte hiervon die Aufsichtsbehörde in Altona, welche nichts Eiligeres zu tun hatte, als hiervon der Regierung in Schleswig Mitteilung zu machen und die Auflösung der Kasse zu beantragen. Unter dem 27. Mai 1886 ging der Kasse ein Schreiben von der Polizeibehörde zu, daß die Regierung in Schleswig beschloß, hatte,

gegen die Kasse das Verfahren auf Schließung mit Rücksicht auf § 29 Ziffer 4 des Gesetzes vom 7. April 1876 usw. einzuleiten. Gleichzeitig wurde ein Termin festgesetzt, in welchem die Vorstandsmitglieder vernommen werden sollten. Die Untersuchung dauerte bis 1887. Am 7. Oktober fand die mündliche Verhandlung in Schleswig statt, welcher Themar und Reiß als Vertreter der Kasse beizuhöhen. Von einer Schließung wurde abgesehen.

Seit der Zeit ist die Kasse unbehelligt geblieben. Von den kleinen Anfängen im Jahre 1877/78 hat die Kasse sich im Laufe der Jahre trotz oftmals schwerer Bedrücknisse zu einem Institut herausgebildet, das, auf sicherer finanzieller Grundlage basierend, zu den besten seiner Art zu zählen ist. Von den 100 resp. 381 Mitgliedern und einer resp. zwölf Verwaltungsstellen bei ihrer Entstehung ist die Kasse auf 20 110 Mitglieder und 237 örtliche Verwaltungsstellen am Schluß des Jahres 1901 gestiegen, und ihr Gesamtvermögen betrug zu derselben Zeit M. 530 586,84. Wahrlich, ein schöner Erfolg!

In dem gegenwärtigen Vorstand sind noch zwei Kollegen vertreten, die bereits bei Gründung der Kasse zur Leitung der Geschäfte berufen wurden: Kläßen und Reiß. Der Letztere hat in ununterbrochener Folge seines Amtes als Kassierer der Kasse gewaltet, er feiert also mit der Kasse zugleich sein 25jähriges Jubiläum. Wünschen wir ihm, daß er noch lange in geistiger Frische zum Segen der Kasse wirken möge. Und der Kasse wünschen wir gedeihliche Weiterentwicklung. Was mit so vieler Mühe errichtet und erhalten wurde, sollen nicht arbeitsfeindliche Elemente kurzer Hand zerstören dürfen!

## Maurerbewegung.

### Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen.

Im Streit befinden sich resp. ausgesperrt sind die Kollegen in Wedel, Melbör, Preusslau-Grampow, Friedland, Wismar, Werder a. d. S. und Kolmar i. B.

Gesperrt sind die Bauten der Unternehmer Wilkens & Böhrer, H. Baumgarten, Karl Baumgarten, F. Schiele, Kording, Döpping, J. Fahrenkrug, C. Uebel, Bender, Rebschke, W. Ebner, Gagers, S. Schöneke, Müller, Seebede, Pöckmann & Kramp, H. M. Baumhauer, Brunkhoff & Comp., F. Staat, Finckh, Schröder und F. Schreimann in Hamburg wegen Arbeitslosigkeit; in Nienstedten die Bauten des Unternehmers Färber; die Arbeiter Eisenwerke bei Rendsburg; in Hertenburg a. d. W. die Bauten des Unternehmers W. G. Söbke und Hebbesen; in Bielefeld der Rathhausneubau, Unternehmer Liebenberg; in Magdeburg der Bau des Unternehmers Apel, Kaiser Wilhelmplatz; in Braunschweig die Bauten des Unternehmers Frick; in Würzen der Rajernbau, Unternehmer Bün aus Oßatz; in Wankenburg a. S. der Unternehmer Schöndorf; in Minden i. W. die Bauten der Gasfabrik Porta westfalica; in Wittstock die Bauten des Unternehmers Spangenberg.

Differenzen, die hauptsächlich zu einem Streit führen, sind vorhanden in Bries, Rosen, Striegnau, Spremberg, Wedel, Wittenberg, Wolfenbüttel und Salverstadt. Die Maurer im Wohngebiet Werder a. d. S. traten am 14. d. M. in den Streik; sie fordern einen Stundenlohn von 45 A. Diese Forderung wurde schon im vorigen Frühjahr erhoben und dieses Mal wiederholt. Eine Unterhandlung mit dem Unternehmer am 13. d. M. verlief resultatlos, da nennenswerte Zugeständnisse nicht gemacht wurden. Die Arbeitsgelegenheit ist günstig, fast sämtliche Ringen der Biegeleien werden in der Zeit vor der Saison einer Reparatur unterworfen. Die Maurer sind alle organisiert. Die Arbeits-einstellung erfolgte einmütig.

Ausgesperrt sind die Maurer in Kolmar i. B. Sie beantragten eine Heraussetzung der Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden und eine Lohnsteigerung. Statt einer Unterhandlung oder Bewilligung erhielten die Verbandsmitglieder Feiertage. Die Unternehmer befinden sich im Besitz der Mitgliedsliste; wie sie dazu gekommen sind, kann mit Bestimmtheit noch nicht gesagt werden. Es dürfte aber kaum aelligen, die Mitglieder

einzuschließen. Sie entwickeln ein erfreuliches Verständnis für die Bedeutung der Organisation. Fremde Maurer dürften sich kaum nach den fleißigsten Kolmar mit einem Tagelohn von M. 2,75—3,50 bei eifriger Arbeitszeit und enorm hohen Miets- und Lebensmittelpreisen sehen. Nach beiden Orten wird gebeten, den Zug zu halten.

Im Wohngebiet Wittenberg vereinbarten die Maurer einen Tarif, der eine Lohnsteigerung von 2 A. bei Putzarbeit 3 A. mehr pro Stunde und Einsetzung einer Kommission zur Schlichtung von Streitigkeiten enthält.

In Freienwalde a. d. O. wurde eine Lohnsteigerung von 3 A. pro Stunde erteilt.

In Zehden a. d. O. erreichten die Kollegen eine Stunde Verlängerung der Arbeitszeit, 3—7 A. Lohnsteigerung pro Stunde, Stundenlöhnerhöhung, Putzen, Aborte, besseres Nachschloß usw.

Auf einem Bau in Jossen wurde eine Lohnsteigerung von 2 A. für 30 Maurer erreicht.

Der Obermeister der Innung in Schneidemühl brach am 8. d. M. zum wiederholten Male den mit den Kollegen geschlossenen Vertrag und mußte wiederum durch Geschäftssperre zur Innehaltung desselben gezwungen werden. Die Kollegen ließen den Herrn Meister wieder zum Bürgermeister laden, und hier hat er sich dieses Mal schriftlich verpflichtet, den im Vorjahre bei Verhandlung des Streits vertraglich festgelegten Lohn von 28 A. bis 1. April 1902 und dann 40 A. zu zahlen. Schließlich ist nun der Herr überzeugt, daß dem Maurer-Verbande das gegebene Wort gehalten werden muß und daß der Verband stark genug ist, die Unternehmer, die versuchen, sich ihren Verpflichtungen zu entziehen, zur Raison zu bringen.

## Versammlungen und sonstige Bewegung.

**Gau Hannover.** Die Gaubildung fand am 29. September statt. Aus praktischen Gründen fand einige Zweigvereine dem Gau Magdeburg ausgeteilt, dahingegen ist auch ein Teil der Zweigvereine des früheren Agitationskommissionsbezirkes Bielefeld an Hannover angegliedert. Der wirtschaftliche Niedergang macht sich durch Zurückgehen der Mitgliederzahl innerhalb des Bezirkes nicht besonders bemerkbar. Wenn in einigen Zweigvereinen ein ziemlich Verlust an Mitgliedern eingetreten ist, so liegen dort wahrscheinlich örtlich begrenzte Umstände zu Grunde. Es kann auch vorkommen, daß die Mitgliederzahl in einem Zweigverein sinkt, trotzdem die Organisation Fortschritte am Orte zu verzeichnen hat. In manchem Orte könnte die Organisation viel besser gestellt sein, aber der Unverstand und die fehlende nötige Einsicht lassen dieses nicht zu. Man schimpft auf die von den Dörfern in die Stadt kommenden Maurer als Lohnrücker, hält es aber selbst nicht der Mühe wert, der Organisation anzugehören. So besteht u. U. in Solzander ein schon ziemlich ergrauter Handwerker. Die Mitglieder dieses Vereins, der heute doch unbedingt in die Innungskammer gehört, können sich hierüber noch gänzlich trennen, weil der Verein es im Laufe der Jahre verstanden, einige Mitglieder zurück zu legen. (Es sollen circa 10 000 sein.) Man kalkuliert die Kollegen: Treten wir dem Verbands bei, will der auch das Geld von uns haben. Mit nichten! Unseretwegen mögen die Kollegen die 1000 der Regierung zur Verfügung stellen, als Beitrag für Zurückzahlung der Instrumente der Festigung Sternkarte.

Wir wollen uns nicht um die 10 000 bereichern, wohl aber ist es uns um jene Kollegen zu thun. So lange diese nicht dem Verbands angehören, wird an eine erfolgreiche Lohnbewegung dort nicht zu denken sein. Traurig liegen auch die Verhältnisse in der alten Stadt Hildesheim. Was dort die Geistlichkeit im Bunde mit Wacht und Unwissenheit seitens unserer Berufscollegen zu Stande bringt, läßt sich kaum in Worte fassen. Dort bedarf es noch einer intensiven Agitation, um größere Erfolge zu erzielen. Daß auch die Organisation in den uns angegliederten Zweigvereinen Bielefeld und Herford nicht bloß viel, sondern alles zu wünschen übrig läßt, soll mir nebenbei bemerkt werden. Was zählte Ausbauer und guter Wille im Bunde mit der nötigen Energie zu leisten vermag, beweisen uns die Kollegen in Osterode a. S. Sehen wir uns die Statistik an, da heißt es: im dritten Quartal 1900 70 Mitglieder, im dritten Quartal 1901 127 Mitglieder, im vierten Quartal 1901 115 Mitglieder. Mitorganisierter 50. Und woraus setzt sich dieser Zweigverein zusammen? Aus lauter Bauern! (Die dortigen Kollegen werden mit hoffentlich diesem Ausdruck nicht über nehmen.) In Osterode selbst können fast keine Maurer. Also sämtliche dort arbeitenden Kollegen kommen von den Dörfern in die Stadt; selbst die Verwaltung befindet sich auf dem Dorfe. Wenn wir erst alle Städte organisiert haben, gewinnen wir auch leicht die Dörfer. In der Agitation muß bei beginnender Bauzeit ganz besonders viel geleistet werden. Wir werden berufen müssen, in den bestehenden Zweigvereinen die früheren Positionen zurück zu erobern. Aber es giebt auch andererseits in unserer Bezirke eine ganze Anzahl Orte, wo organisierte Kollegen

ihren Wohnsitz haben resp. arbeiten, und diese müssen ebenfalls für den Verband gewonnen werden.

Betrachten wir uns den Satz! Dort, wo Tausende und Abertausende der besitzenden Klasse von des Tages Lust und Mühe, Erholung und Stärkung ihrer Gesundheit finden, dort, wo man Lungenentzündungen für die in den Großstädten auf Grund der heutigen modernen Produktionsweise ausgebreiteten Arbeiter errichtet — dort arbeitet der Maurer von früh bis Sonnenuntergang. Montags in aller Frühe muß das Bündel geschnürt werden, dann geht's hinaus über die Berge in die Stadt. Die Woche über bleibt man dort, und Sonnabends zu Mittag geht's dann heim nach Puttern. Und welchen Lohn erhalten die Kollegen? Das verschweigt man am liebsten; aber gearbeitet werden 12, 13, auch 14 Stunden. In allen jenen Gegenden, die von der Mutter Natur besonders bevorzugt sind, ist die Lage der arbeitenden Klasse die denkbar miserabelste. Dies trifft auch für den Satz zu. Auf jeden Fall muß versucht werden, der Organisation dort mehr Eingang zu verschaffen. Diefelbe Organisationslosigkeit herrscht fast im ganzen Gebiet der Weser, von Münden bis hinunter nach Bremen; nur in wenigen Orten ist unsere Organisation vertreten. In der Mattenangerstraße sammeln sich der Zweigverein bald seit Jahresfrist infolge der Arbeitslosigkeit der dortigen Kollegen eingeklinkt. In Münden ist es trotz wiederholten Versuchs nicht gelungen, Anschluß zu erhalten. In Bindersloh ist es uns geglückt, durch Mithilfe der Mündener Kollegen, Unterstützung zu erhalten.

Stadthagen, ja, Stadthagen! Auch so ein Beispiel, das im Verborgenen blüht; auch dort haben die Kollegen noch so ein kleines Fachvereinschen. Mit ihren breiten Güten, aber engen Herzen, wollen die Kollegen von dem Zentralverbande nichts wissen. Galt man dort Versammlungen ab, so erscheinen die Kollegen, geben auch durch Gandelasschen ihren Beifall kund. Will man aber nun die Theorie durch die Praxis verifizieren, dann ist Alles „Stumm wie ein Fisch“. Komische Leute! Der langen Rede kurzer Sinn ist der: In unserem Gaubezirk sind noch sehr viele organisationsfähige Kollegen, möge es uns gelingen, sie der Organisation zuzuführen. Es ist doch annehmbar, daß in jedem Orte, ja in jedem Dorfe, Kollegen wohnen; wurden uns diese Adressen von tüchtigen Kollegen übermitteln, so würde uns manchmal ein schwerer Stiel Arbeit angenommen. VIELLEICHT wird durch diese Anregung mancher Kollege sich seiner Pflicht gegenüber der Organisation bewußt. Streits und Waisperren sind verhältnismäßig wenig zu vergleichen, heraus wird kein Kollege den Schluß ziehen, daß wir uns in einem Eldorado befinden. Hunger, Kummer und Elend, die Gefolgschaft der Arbeitslosigkeit, haben auch hier die Kollegen durchdrungen. Namentlich in Hannover ist noch eine so große Arbeitslosigkeit zu verzeichnen gewesen, wie im verfloffenen Jahre. Auch das vergangene Jahr sieht nicht hoffnungsfreudig aus. Zwar Alledem, oder gerade deshalb, waren hin und wieder Kämpfe nicht zu vermeiden.

In Hannover wurden für Waisperren A 2380,75 ausgegeben; fast alle endeten mit einem Siege der Gesellen. In einem Falle wurden acht Personen, darunter der Gauvorstand, mit je A 3 Strafe bestraft wegen Vergehens gegen § 25 des Strafgesetzbuches (Aufsatz) in Anwendung zu bringen, welcher Gefangnis bis zu drei Monaten vorsieht. In allen Fällen erfolgte löstlose Freisprechung. Einem ganz besonderen Schicksal hatten sich die „Arbeitswilligen“ gelegentlich einer Waisperre in Wülfel zu erfreuen. Schon vor Tagesgrauen machte sich der dortige Gendarm oder Radmeister Lohmisch (im Volksmunde hat man denselben den Namen Garibi beigelegt) nach dem Unternehmer Strudmeyer auf die Strimppe, um ihm das freibestaltete Vorkhaben, das unter seiner Aufsicht, Überwachung Abends vorher in Wülfel in einer Versammlung beschlossen worden war, mitzuteilen. Dann mit Strudmeyer zurück nach dem Bau kommend, nahm er mit noch einem Gendarm-Kollegen dem Bau gegenüber Aufstellung. Die paar dort arbeitenden Maurer errieten sich des ihnen zugehenden Schicksals so sehr, daß ihnen schließlich dabei zu Mute wurde. Weitere Sperren machten sich notwendig in Celle und Nienburg. Die letztere ist noch nicht erledigt, und schon sind die Nienburger Kollegen gezwungen, wieder eine Sperre zu verhängen. Am 5. Februar wurde beschlossen, das Geschäft des Herrn Redderßen zu sperren. Redderßen beruht sich auf sein ganz besonders christlich veranlagtes Gemüth. Als Mensch mit christlicher Nächstenliebe will er bisher für die bei ihm beschäftigten Maurer in vollem Maße gesorgt haben, so daß sie nicht nöthig haben, einer Organisation

anzugehören. Er verlangt nun nichts weiter, als: „Austritt aus der Organisation!“ — Ob dieses Verlangen sich mit seinem christlichen Standpunkt vereinbaren läßt, darüber scheitert sich Redderßen keine Gedanken zu machen. Da nun die bei ihm beschäftigten Kollegen gegenüber der Organisation sich nicht auch nicht vom christlichen, so hoch von selbständigen Gefühlen leiten lassen, trat die Sperre unvermeidlich.

Der Lohn im Gau schwankt zwischen 22 (Neheim an der Aller) und 50 (Sammover) pro Stunde; in einigen Orten herrscht noch die elendliche Arbeitszeit; diese zu beseitigen, muß das vornehmste Ziel der Kollegen sein.

Lohnbestimmungen sind aus fünf Orten angemeldet. Ob es zu Lohnkämpfen kommen wird, läßt sich mit Bestimmtheit im Voraus nicht sagen. Mit einigermaßen gutem Willen beider Faktoren läßt sich wohl mancher Kampf vermeiden. Laut Gau-Regulativ sind die Mitglieder verpflichtet, im zweiten, dritten und vierten Quartal pro Mitglied 10 A an die Gaukasse zu zahlen. Dieser Verpflichtung sind sämtliche Zweigvereine, außer Bielefeld, Wünde und Salzhafde, nachzukommen. In Bielefeld schickt man schlechte Klassenverhältnisse vor, in Salzhafde hat man wahrscheinlich aus Unkenntnis der Verhältnisse beschlossen, überhaupt nichts zu zahlen.

Ueber den Stand der Organisation in den einzelnen Zweigvereinen, im Verhältnis zu der Zahl der unorganisierten Kollegen, giebt folgende Tabelle Aufschluß.

Der diesjährige Bericht ist ein wenig erfreulich. Wenn aber die Kollegen allerorts eifrig mitarbeiten, dann wird der nächstjährige Bericht besser ausfallen. Dies ist auch mein Wunsch.

Louis Darnhofer.

Am Sonntag, 9. März, fand eine Konferenz sämtlicher Zweigvereine der Provinz Brandenburg im „Gemeinschaftshaus“ zu Berlin statt. Betreten waren 112 Zweigvereine durch 129 Delegierte. Außerdem waren noch anwesend vom Gauvorstand Bismarck, vom Ausschusse Dähne, 13 Kreisvertrauensleute, 7 Mitglieder des Gauvorstandes, der Gauvorstand von Stettin und ein Vertreter der Bauarbeiter.

Den Geschäftsbericht der Kommission, der auch gedruckt vorliegt, erstattete Kollege Silberföhr. Der Bericht erstreckte sich auf die Tätigkeit im Gau in der Zeit von einem Jahre. Es ist zu konstatieren, daß die Bewegung in der Provinz nicht rückwärts geschritten ist. Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Lohnreduzierungen sowie Waisperren sind häufig zurückgeworfen worden. Ein persönliches Eingreifen des Gauvorstandes erforderte es hierzu in 239 Fällen, also durchschnittlich im Monat 20 mal. Es haben in 142 Fällen 2041 Versammlungen und Sitzungen und 1016 Vorstände und Lohnkommissionen stattgefunden. Weiteren wurden in 432 Fällen verlangt. Die Korrespondenz war eine umfangreiche; es gingen an Postsendungen ein und aus 7701 Entplane. Es wurden festgesetzt in 163 Zweigvereinen mit 3111 Orten 26 048 wohnende Maurer; in 14 Zweigvereinen mit 83 Orten und 832 Maurern ist die Feststellung noch nicht erfolgt. 36 Orte mit 274 Kollegen sind von den Zweigvereinsdelegierten bei der Feststellung noch nicht erfaßt worden. 6 Zweigvereine mit 17 Orten und 622 Maurern sind noch ohne Feststellung. 377 Orte mit 1216 Maurern liegen so weit von den Zweigvereinen entfernt, daß sie bei der Feststellung nicht erreicht werden konnten. Also im Ganzen wohnen in 370 Orten 29 172 Maurer, davon arbeiten im Bezirk 21 203. Aus 477 Orten arbeiten 3331 Kollegen im Berliner Lohngebiet. Die Aufstellung ergibt, daß 80 p. h. der im Gau Berlin wohnenden Maurer organisiert sind und auf dem Boden des Klassenkampfes stehen.

Ginderrische besonderer Art suchen und die Kriegervereine zu bereiten, indem sie unsere Mitglieder auffordern, aus dem „sozialdemokratischen“ Maurerverband auszutreten, im Weiteren soll sie ihnen mit Aufschuß bedroht. Die Bedrohungen haben es zur Folge um das Heil ihrer lieben Kameraden nicht fehlen, wie wir aus nachfolgendem Brief ersehen:

Kriegerverein Zitzhne.

Zitzhne, 8. 1. 02.

Vorstand.

Gedreht Herr Kamerad!

Auf Grund unserer Unterredung vom letzten Sonntag erlaube ich Sie, mir sobald als möglich einen Bescheid Ihres Zweigvereins zu geben, in welchem ausgesprochen wird: „Der Zweigverein hat beschlossen, sich aufzulösen, wenn von den Unternehmern der Tarif anerkannt und auf zehn Jahre (oder wie viel Sie ansetzen wollen) als bindend angesehen wird.“ Sobald Sie mir einen derartigen Bescheid überreichen, will ich thun, was in meinen Kräften steht. Ich möchte die Kameraden so gerne dem Kriegerverein erhalten.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Dr. Felix Wehmer-Schwarzbach.

Zu unserer Freude kann konstatiert werden, daß Prohungen erfolglos an unsere Mitglieder verschoben wurden. Die Erkenntnis, daß jeder Maurer zur Vertretung seiner Klasseninteressen einer Organisation angehören muß, hat die mit großem Pomp inszenierte Gage gegen unseren Verband erfaßt.

Auf dem Gebiete der Abtreibung der Versammlungen istale wird immer noch ganz Erfreuliches geleistet. Der Amtsvorsteher von Schminde hatte unter Strafe verboten, daß der Wirt die Zählstelle der Maurer aufnimmt und die angemeldete Versammlung stattfindet. Am 11. November b. J. ist an den Vorsteher der Zählstelle ein Schreiben eingelaufen, daß die Zählstelle aufgehoben und die angemeldete Versammlung nicht stattfinden dürfe.

Eine Beschwerde an den königlichen Landrat des Kreises Rudau hatte den Erfolg, daß die Verfügung betreffs Aufhebung der Zählstelle zurückgenommen wurde, das Verbot der Versammlungen wurde jedoch als berechtigt angesehen, weil aus sicherheitspolizeilichen Gründen die Ansammlung von Personen in den kleinen Räumlichkeiten bedenklich erschien. In ähnlicher Weise wie in Schminde arbeitet die Polizei in Weizen, Gr. Widdersee und Posen. In allen Fällen ist der Widerstand beschränkt worden und hat in einem Falle bereits Erfolg gezeitigt.

Das Gesamtbild der Bewegung in der Provinz ist ein erfreuliches; alle Versuche, Lohnreduzierungen vorzunehmen, konnten energisch zurückgewiesen und durch das mühsige Zusammenhalten der Kollegen allen Stürmen die Stirn geboten werden. Es haben die 11 Gauvorstandsbesitzungen stattgefunden und 26 Rundschreiben wurden an die Kreis-

vertrauensleute und Zweigvereinsvorstände versandt. — Den Massenbericht giebt der Massier B. Schulz-Berlin. Die Einnahme mehr Massenbeitrag, vom 10. März 1901 betrug A. 12 128,84, die Ausgabe A. 10 284,85, bleibt Bestand A. 1897,99. Der Massier Wolf berichtet, daß die Gagebeiträge sehr unregelmäßig, zum Teil gar nicht einlaufen und ermahnt die Delegierten, dafür zu sorgen, daß es in Zukunft besser wird. In der allgemeinen Diskussion über den Geschäftsbericht spricht Bismarck. Mit der Tätigkeit des Gauverbandes ist er zufrieden und weist auf einzelne der Bewegung fördernde Punkte hin. Sodann kritisiert er unter Anderem die Berliner Organisationsverhältnisse; durch die verschiedenen Sonderorganisationen tragen unsere Kollegen die aus der Provinz in Berlin arbeiten, Mithut, unter unsere Kollegen hinaus. Es wäre endlich mal Zeit, daß hiergegen etwas gethan wird. Ferner warnt er unsere Kollegen vor der Erbanung von Gewerkschaftshäusern. Er hatte dabei besonders eine Zählstelle aus dem Oberbrück im Auge. Diese Kollegen arbeiten fast alle in Berlin und können sich hier veranlassen, und von dem Sonntagsverkehr könnte sich ein beträchtliches Unternehmen nicht rentieren; solche Unternehmungen müßten zu Grunde gehen. Verbandsgebäude sollten zu Vergnügungen und dergleichen Zwecken nicht verwendet werden. Hierauf wird dem Gauvorstand Decharge erteilt.

Die Situation im Baugewerbe war im Vorjahre eine mittelmäßige, nicht viel schlechter, als in den vergangenen Jahren. Im ganzen Vohngelbiet herrschte im Frühjahr große Arbeitslosigkeit, nur Frankfurt a. d. O. hatte volle Beschäftigung, wohl eine Folge des vorangegangenen hienmännlichen Streiks. Die Bauhätigkeit stieg infolge Zurückhaltens des Unternehmerrthums und allgemein herrschte eine Unlust und Unsicherheit zum Bauen. Der Ursachen sind viele: Die Banktrach und Bankrotte größerer industrieller Unternehmungen, Geldknappheit und die schweren Beschäftigungen von Hypotheken, der hohe Rinsfuß und Anderes mehr. Im Laufe des Sommers änderte sich das Bild; der Geldmarkt geklärte sich günstiger. Die Unsicherheit in der Industrie und die findenden Büdenden scheinen die Kapitalisten geneigter zu machen, ihr Geld in Hypotheken anzulegen; die liberal enorm gestiegenen Wohnungsmieten lassen Geheln erhoffen und die Wohnungsfrage drängt in Berlin und den Vororten vorwärts. Voraussichtlich wird die Bauhätigkeit in diesem Jahre nicht viel sinkender, da die Summe zu Wohnungsbauten in Berlin 14 Millionen betraffelt hat, das Reichsamt des Innern für Staatsbauten vier Millionen, und sechs große Polizeibauten sind in Aussicht genommen.

Lohnforderungen sind in 54 Orten gestellt worden; in sechs Orten ist die Bewegung durch Verträge bereits zum Abbruch gebracht. Angedeutet wird hierzu, daß man bei Lohnforderungen ruhiges und besonnenes Vorgehen walten lassen, dagegen bei Lohnreduzierungen mit aller Energie dagegen eintreten möge. Die Agitation kann in einem großen Maße unserer Zweigvereine nur des Sonntags gepflegt werden. Das Senftenberger Koflenrevier und die Briegwitz Lieben bisher „verschlossen“, es wird aber jetzt mit aller Energie daran gearbeitet, die Kollegen in diesen Gebieten dem Verbande zuzuführen. Ein großer Teil dieser Arbeit könnten die Zweigvereine, in welchen sich genug geeignete Kollegen befinden, dem Gauvorstand abnehmen, wenn sie leider nicht ein bisschen zu faßig wären. Als bestes Mittel, den Verband zu stärken, wird die Hausagitation und die Hausagitation empfohlen. Wenn Jeder in diesem Sinne fleißig arbeitet, können wir uns der Hoffnung hingeben, daß unsere Organisation am Schlusse des Jahres um einige Tausend Mitglieder gewachsen ist.

Die Durchberatung der gestellten Entwürfe nahm eine längere Zeit in Anspruch. Ein Antrag Silberföhr's, daß die Zählstellen, die zu einem Zweigverein gehören, verpflichtet sind, sämtliche Gelder an die Zweigvereinskasse abzuführen, wurde gegen fünf Stimmen angenommen.

Die Konferenz ist im Prinzip für die Einführung der Einheitsmarke, denn 90 p. h. der deutschen Maurer hätten sie längst eingeführt.

Bismarck bringt eine Resolution ein:

„In Erwägung, daß die Lebenshaltung sowie die Arbeitsbedingungen der Maurer Deutschlands nur dann gebessert werden können, wenn eine starke Organisation vorhanden ist, verpflichtet die Konferenz die Delegierten und auch die Mitglieder der Zweigvereine, mit voller Kraft an dem weiteren Ausbau der Organisation zu arbeiten. Als die beste Art der Agitation, um die noch nicht organisierten Kollegen für den Verband zu gewinnen, hält die Konferenz die Hausagitation. Die Konferenz verpflichtet daher die Zweigvereine, eine Hausagitation einzuleiten und so lange zu betreiben, wie es die Verhältnisse notwendig machen.“

Eine weitere Resolution besagt:

„In Erwägung, daß alle bisherigen Maßnahmen der Staatsregierung in Preußen in Bezug auf den Bauarbeiter-schutz den Interessen eines wahrnehmbaren Bauarbeiter-schutzes und den Forderungen der Arbeiter nicht entsprechen; in weiterer Erwägung, daß bei dem Mangel einer hinreichenden amtlichen Überwachung der Bauausführungen auch die geringen Schutzbestimmungen nicht zur Geltung kommen können, erläßt die heute im Berliner Gewerkschaftshaus tagende Landeskonferenz der Maurer der Provinz Brandenburg: dem Vorgehen der Vertrauenspersonen der baugewerblichen Arbeiter zu Berlin und der von denselben dem Hause der Abgeordneten am 27. Februar dieses Jahres übergebenen Petition ihre Zustimmung und volle Unterstützung. Die Versammlung erwartet, daß das hohe Haus der Abgeordneten die königliche Staatsregierung auffordert, in aller nächster Zeit ein einheitlicher Grundlage aufgesetztes Landesbauarbeiterausgesetz nach den in der Petition begründeten Forderungen zur Reform der Unfallversicherung zur Durchführung zu bringen.“

Die Resolutionen wurden einstimmig angenommen. In den Gauvorstand für das nächste Jahr wurden gewählt: Als erster Vorsitzender Silberföhr-Berlin, als erster Massier B. Schulz-Berlin, als Beisitzer B. Freisch, Niele und Franz Schulz, als Revisions Wolf-Berlin, D. Lehmann-Niedorf und Silberföhr-Berlin.

Das Amt der Kreisvertrauensleute ist erledigt, und es bleibt dem Vorstande überlassen, neue zu ernennen; Ebenfalls bleibt es dem Vorstande überlassen, die nächste Konferenz nach Bedarf einzuberufen. Das Schlußwort nimmt Kollege Silberföhr. Mit gewissem Wange hat er der heutigen Konferenz entgegengesehen, aber die gleichmä-

	a. Quartal 1900	a. Quartal 1901	a. Quartal 1902	Mitglieder organisiert
Mifch.	—	61	58	40
Bielefeld	350	200	114	350
Brandeb.	32	27	32	15
Wünde	30	17	11	19
Burgdorf	25	18	18	7
Celle	158	145	145	2
Detmold	60	80	78	120
Einbe.	—	20	5	?
Goslar	50	65	46	200
Hannover	1269	1231	1384	80
Sersdorf	70	22	18	250
Silberföhr	90	45	34	200
Solzminnen	38	49	42	80
Lehrte	45	53	30	28
Lemgo *)	40	26	—	?
Lübbecke	—	28	26	?
Minden i. B.	100	133	116	?
Nienburg	38	41	50	9
Verlinghausen	—	30	29	7
Sterobe	70	127	115	60
Weine	40	30	20	150
Neheim a. d. Aller	—	17	18	2
Salzungen *)	—	15	—	—
Solzminnen	150	120	90	15
Solzminnen	16	29	29	?
Silberföhr	40	27	18	40

2711 2639 2521 1735

\*) Die Zählstellen Lemgo und Salzungen sind sich aufgelöst.



Einstimmigkeit und die Lust und Liebe zur Bewegung haben den Gang der Gespräche erleichtert. Es wird nicht wiederum nicht schwer werden, der Situation und der Gegenstände der Unternehmer gegen uns Herr zu werden. Wir geben nun auseinander. Es ist das letzte Jahr vor der Reichstagswahl. Eine große und intensive Agitation auf gemeinschaftlichem politischem Gebiete überleibt uns, um die Pläne der regierenden Parteien zum Wortwucher energisch zu bekämpfen, und um den Sozialismus dem Ziele näher zu bringen, das er sich gesetzt hat. Mit einem draufenden Hoch auf die Alles überwindende Arbeiterpartei schloß die Konferenz.

Am 4. März hielt der Zweigverein Burg b. M. seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche durch Flugblätter bekannt gemacht und recht zahlreich besucht war. Zunächst wurden mehrere neue Mitglieder aufgenommen. Alsdann hielt der Vorsitzende zu Punkt 2 der Tagesordnung: „Beschlüsse der gemeinschaftlichen Organisation“ eine kurze aber erste Anrede. Darauf erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Unter „Verschiedenes“ entspann sich eine lebhafte Debatte über einige frühere Mitglieder, die ohne Grund und ohne Abmahnung ausgeschieden sind und sich jetzt wieder aufnehmen lassen wollen. Es wurden verpflichtet, neun Wochenbeiträge nachzugeben. Der Vorsitzende, Kollege Jacob, wünschte noch, daß die Versammlungen von jetzt ab immer gut besucht würden, es müsse den Kollegen Freude machen, in jeder Versammlung zu erscheinen.

Die regelmäßige Mitgliederversammlung des Zweigvereins Gasse a. d. E. fand am 2. März statt. Zunächst kam die Quartals- und Jahresabrechnung zur Verlesung. Die Debitorenrechnung an den Kassierer konnte nicht erfolgen, weil keiner der Revisoren in der Versammlung anwesend war. Die Lohnkommission berichtet sodann, daß bisher keine Antwort von den Unternehmern auf die gestellte Lohnforderung eingegangen sei. Es wurde beschlossen, bis zum Ablauf des alten Jahres eine abwartende Haltung einzunehmen. Die regelmäßigen Mitgliederversammlungen finden jeden ersten Sonntag im Monat statt.

In Carthaus tagte am 10. März eine vom Kollegen Grünhagen aus Danzig einberufene öffentliche Maurerverammlung im „Carthäuser Hof“ mit der Tagesordnung: „Gesellensausfluß und Organisation“. Der Kollege Schwarz erklärte den Kollegen in längerer Ausführungen die Bedeutung des Gesellensausflusses. Im aber eine tüchtige Verlesung zu erhalten, sei es notwendig, daß man sich vereinigt, damit die Wahl des Ausflusses einheitlich erfolge. Dies sei bei jetzt im Danziger Innungsbezirk, wo auch Carthaus gehört, nicht gegeben. Dießem Umstande ist es auch zu verdanken, daß der gegenwärtig noch im Amt befindliche Ausfluß seine Pflichten in der größten Weise vernachlässigt. Dann führte Kollege Schwarz den Anwesenden noch den Zweck und Nutzen der Organisation vor Augen, dessen Hauptaufgabe es sei, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, die hauptsächlich hier im Osten noch so traurige sind. Kollege Grünhagen zeigte an einigen Beispielen die Notwendigkeit einer tüchtigen Gesellenvertretung den Unternehmern gegenüber und die Notwendigkeit der Organisation, die Jedem, der Vorrechte genießen will, auch Pflichten auferlegt, die auch verhindert, daß das, was der Eine aufbaut, der Andere wieder zusammenreißt. Nachdem noch einige Kollegen die Notwendigkeit der Organisation anerkannt und versprochen hatten, für dieselbe zu sorgen, erfolgte Schluß der Versammlung.

In Osmits fand am Sonntag, 16. d. M., eine von 35 Kollegen besuchte Versammlung statt zwecks Gründung eines Zweigvereins. Alle Kollegen erklärten ihren Beitritt zum Verband, zahlten das Eintrittsgeld und den Beitrag, worauf die Konstituierung des Vereins vorgenommen wurde. Als „Grundstein“ verbrieft meldete sich ein Kollege freiwillig, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Eine öffentliche Versammlung der Maurer, Zimmerer und Steinmetzen fand am 9. März in Düsseldorf statt. In dieser erläuterte der Kollege von der freien Bauhütte Bericht über die letzten Verhandlungen mit den Innungsmeistern. Vorgelegt wurde dem Gesellensausfluß eine von der Innung ausgearbeitete Arbeitsordnung, die in Zukunft in den Betrieben der Innungsmitglieder eingeführt werden soll. Vom Berichterstatter wird diese Arbeitsordnung zur Kenntnis der Versammlung gebracht, worauf in die Diskussion darüber eingetreten wird. Sämtliche Redner waren sich darin einig, daß die Arbeitsordnung in der vorliegenden Form für die Arbeiterklasse völlig unannehmbar sei, da die einzelnen Paragraphen dem Ernsten des Unternehmers den reibenden Spielraum lassen resp. den Arbeiter dem Unternehmer gegenüber völlig wehrlos machen. Um diesem zu begegnen, ist von den Vorständen der in Betracht kommenden Organisationen ebenfalls eine Arbeitsordnung ausgearbeitet worden, welche in der Versammlung zur Verlesung gelangte. Nach reichlicher Diskussion, an der sich die Anwesenden lebhaft beteiligten, wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „In Erwägung dessen, daß die von Seiten der Arbeitgeber, sowie Arbeitnehmer ausgearbeiteten Arbeitsordnungen nur auf den einseitigen Standpunkt ausgeht, ist, erlucht die heutige Versammlung den Gesellensausfluß, in Verbindung mit dem Innungsverband eine gemeinsame, für beide Teile annehmbare Arbeitsordnung auf Grundlage der beiden vorliegenden Arbeitsordnungen auszuarbeiten. Diefelbe soll der Gesellenschaft und der Innungsverammlung zur Kenntnisnahme und Genehmigung vorgezogen.“ Nachdem noch auf den mangelhaften Bauarbeiterfluß im Stadtfreis Düsseldorf hingewiesen und die Hauptaufgabe auf bestehende Mängel aufmerksam gemacht worden war, wurde die gut besuchte und gut verlaufene Versammlung zu vorgerückter Stunde geschlossen. Als erste Aufgabe war zu bezeichnen, daß auf die Einladung des Hiesigen zwei Mitglieder des Innungsverbandes erschienen waren. Die dürften auch der sich in durchaus sachlichen Tönen bezugnehmenden Diskussion Manches gelernt haben, was in Zukunft die Verhandlungen der Gesellen mit der Innung bedeutend erleichtern wird.

In der Mitgliederversammlung des Zweigvereins Fische am 2. März wurde Bericht erstattet über den Verlauf der Verhandlungen mit den Unternehmern betreffs des Lohns. In der gut besuchten Mitgliederversammlung am 6. Januar wurde der den Unternehmern bereits zugesagte Tarif einer nachmaligen Besprechung unterzogen und beschlossen, an dem Anfang nichts zu ändern. Die erste Unterhandlung mit den Unternehmern fand am 24. Januar statt, eine Ver-

ständigung konnte jedoch nicht erzielt werden. Am 22. Februar fand eine abermalige Unterhandlung statt, zu der aber von den sechs Unternehmern nur zwei erschienen waren. Einer derselben, der in der ersten Sitzung anwesend war, belam eine halbe Stunde vor der zweiten das Fieber; am anderen Tage war er wieder frisch und gesund; die Anderen waren wegen Zeitmangels verhindert. Es wurde dann die Unterhandlung mit den beiden anwesenden Unternehmern fortgesetzt; an der Sitzung nahm auch Kollege Schulz-Berlin teil. Das Meistertat der Verhandlung war eine Lohnherabsetzung von 33  $\frac{1}{2}$  auf 35  $\frac{1}{2}$  L. die Arbeitszeit im Sommer soll zehn Stunden betragen. Für Überstunden in dringenden Fällen soll ein Zuschlag von 10  $\frac{1}{2}$  L. und für Reparaturarbeiten ein solcher von 2  $\frac{1}{2}$  L. pro Stunde gezahlt werden. Sonstige ist eine Stunde früher Feierabend und an den Tagen vor den hohen Festen soll zwei Stunden früher Schicht gemacht werden. Die Laufzeit bei Heberlandarbeit wird als Arbeitszeit gerechnet werden, so daß auf eine Stunde fünf Kilometer gerechnet werden; wird die Bahn benutzt, so wird das Meistgeld vergütet. In den Bauhöfen, die bei allen Neu- und größeren Umbauten zu errichten sind, ist ein ständiger Arbeiter mit dem nötigen Werkzeug zur Verfügung zu stellen. Die Dauer des Vertrages wurde auf zwei Jahre festgesetzt. Dieser Abmachung stimmte die Versammlung zu. Dann erstattete der Delegierte Bericht von der Plenar-Konferenz. Im Schluß seiner Ausführungen erwähnte er die Kollegen, für den Ausbau der Organisation in der Umgebung zu agitieren, damit alle Kollegen der Organisation beigetreten werden. Mit einem Hoch auf das Wohl und Gedeihen des Verbandes erfolgte Schluß der Versammlung.

Am Sonntag, den 2. März, hielt der Zweigverein Friedrichroda seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche leider wieder sehr schwach besucht war, trotzdem eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen war. Die Versammlung wurde von dem Vorsitzenden ein Schreiben an die Herren Innungsmeister vorgelesen betreffs Innehaltung der zehnjährigen Arbeitszeit. Das Schreiben wurde gutgeheißen und der Vorstand mit der Absendung desselben beauftragt. Der Vortrag, der mit auf der Tagesordnung stand, wurde bis auf Weiteres vertagt. Es wurde noch unter anderem bekannt gegeben, daß die beitragsfreie Zeit aufgehört hat und jetzt an wieder regelmäßig jede Woche vom „Grundstein“ verbrieft die Beiträge einfließen werden. Es wurde auch noch beschlossen, betreffs § 11 des Statuts keine zweierlei Marken zu führen, sondern die 30 Pfennig-Marken beizubehalten.

Am 2. März hielt der Zweigverein Gera eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Leven ein beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die Bedeutung eines Arbeiterkassierers“ hielt. Die Höhe des an das Kartell zu zahlenden Beitrages infolge der Weisener zur Erhaltung des Sekretariats wurde auf 1.200 pro Mitglied und Jahr festgesetzt. Das Geld soll theils durch Nebenbeiträge, theils durch die Lotteriekasse gedeckt werden. Die Nebenbeiträge werden obligatorisch eingeführt und werden pro Mitglied und Monat auf 15  $\frac{1}{2}$  L. festgesetzt. Hierin ist die Beihilfegebühr für den „Grundstein“ eingerechnet, so daß die bisher von den Mitgliedern gezahlten Monatsgebühren für die „Grundstein“-Ausgaben sowie das Porto für die nach auswärts zu sendenden Exemplare des „Grundstein“ von der Lotteriekasse zu tragen sind. Die Kartellmarken à 20  $\frac{1}{2}$  L. kommen in Wegfall. Durch diesen Beschluß ist die letzte Kartellbesatzungsfrage, mit der sich der Zweigverein ein Jahr zu beschäftigen hatte, endlich aus der Welt geschafft. Weitere Vereinsangelegenheiten konnten nicht erledigt werden, da die Versammlung wegen ruhender persönlicher Streitigkeiten der Kollegen M. und W. geschlossen werden mußte.

Der Zweigverein Gotha hielt am 7. März seine Mitgliederversammlung ab. Zunächst gab der Vorsitzende einen Überblick über die Tätigkeit des Zweigvereins im verfloßenen Jahre. Kollege Leube erwähnte die Mitglieder zu reger Tätigkeit, damit am Jahresabschluß ein besseres Resultat zu verzeichnen sei, und nicht wie vergangenes Jahr 20 Mann wegen Schulden im Rückstand stehen. Sodann verlas der Kassierer die Abrechnung vom letzten Quartal, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden worden war; die Einnahme betrug 420,85, die Ausgabe an die Hauptkasse wies die gleiche Summe auf. Die Gesamtsumme des vorigen Jahres betrug 1.174; die Unterlage wurde ausgezahlt an zwei Mitglieder im Betrage von 65, Reise-Unterlage hatten 69 Mitglieder in vier Monaten im Betrage von 51,75 erhalten. Hierauf wurde der Kassierer entlassen. In Punkt 2 wurde die Verwaltung des Zweigvereins wieder gewählt. Der „Grundstein“-verbrieft für die Stabt ist mit Marken ausgerüstet, damit er die sämtlichen Zahlen besser heranziehen kann. Ferner wurden noch drei Mitglieder als Delegierte in's Gewerkschaftskartell gewählt. In „Verschiedenes“ wurde bekannt gegeben, daß der Kollege Meusel wieder als Mitglied anerkannt ist und er wieder seine alten Rechte besitzt. Zum Schluß wurde den Kollegen an's Herz gelegt, kräftig für unsere Organisation zu agitieren, um die streikenden Mitglieder wieder beizubringen.

Am 3. d. M. tagte in Graubenz eine außerordentliche Mitgliederversammlung, in der Kollege Schwarz als Referent anwesend war. Er sprach unter anderem über die Notwendigkeit der Vereinigung des Gewerks mit dem Zentralverbande. Auch erläuterte er das Statut der Zentraltransfanten, da in einer Versammlung beschlossen wurde, in die Zentraltransfanten einzutreten. Diese Sache wurde einer Kommission übergeben, die mit dem Vorstände der Zentraltransfanten in Verbindung treten soll. Sodann wurde zur Vorstandswahl geschritten. Es wurden hierauf einige andere Sachen, unter anderem die Lotteriekasse, erörtert, auch die Laufzeit der Kollegen scharf gerügt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute tagende Maurerverammlung beschließt, für beide Organisationen, Gewerks und Zentralverband, einzutreten.“ Nach einem kräftigen Schlußwort des Kollegen Wiegand wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband und das Gewerks geschlossen. — Hoffentlich wird die gewonnene Einigkeit von Bestand sein und werden die Graubenger Maurer nicht wieder zurück in den Schlaf verfallen. Kollegen, auf zu früher Tat! Auf zu neuem Kampf! Wir haben gesehen, daß wir von den Unternehmern keine Schonung zu erwarten haben.

In der am 9. März stattgefundenen Mitgliederversammlung des Zweigvereins Greiz hielt zunächst der Vertrauensmann, Kollege Cnupel, eine kurze Ansprache betreffs der Beitrags-

zahlung und wünscht, daß allmonatlich eine Stickerkontrolle auf den Bauten vorgenommen werde. Den Kollegen, welche auswärts arbeiten und ihre Beiträge in Greiz bezahlen, wird es zur Pflicht gemacht, pünktlich ihre Beiträge zu bezahlen als bisher, damit nicht immer am Jahresabschluß Kollegen wegen rückständiger Beiträge aus dem Verein ausgeschlossen werden müssen. Unter „Verschiedenes“ kam zunächst die Verlesung der 20-Pfennig-Markte für arbeitslose Mitglieder zur Sprache. Darüber entspann sich eine lebhafte Debatte. Es wurde beschlossen, daß jeder Kollege, der in einer Woche drei Tage und darüber arbeitslos ist, sich vorchriftsmäßig beim Verfehrtschmelz gemeldet hat und sich seine Arbeitslosigkeit von demselben durch einen Stempel in sein Verbandsbuch hat bescheinigen lassen, nur 25  $\frac{1}{2}$  L. Beitrag zu zahlen hat. Unter „Verschiedenes“ wurde die Aufnahme neuer Mitglieder in Erwägung gezogen. Die Kollegen Sager und Voigt-Dölau sprachen sich darüber in sehr sachlicher Weise aus. Beschlossen wurde, die Kollegen, die schon einmal dem Verbands angehört haben, müssen bei ihrer Eintritt 18 Wochenbeiträge nachzahlen, wenn sie keine triftigen Gründe für ihre Fernhaltung vom Verbands angeben können.

Am 2. März tagte in Löß eine Versammlung des Zweigvereins Seifendorf, welche sich hauptsächlich mit der Stellung der Unternehmern zur Lohnforderung beschäftigte. Die Unternehmern waren vor einer Woche zum zweiten Male schriftlich aufgefordert worden, auf das Schreiben der Lohnkommission zu antworten oder persönlich in der Versammlung zu erscheinen. Der Vorsitzende berichtete, daß keine Antwort auf die den Meistern zugehenden Schreiben erfolgt sei, ebenso wenig war einer von den Herren erschienen. Das Vorgehen Schluß und Stöckung in Löß hatte vor längerer Zeit einem Lohnkommissionsmitglied erklärt, die Wünsche der Gesellen zu erfüllen; dies wurde von dem Kassierer der genannten Firma nochmals bekräftigt. Nachdem noch einige Kollegen ihrer Mißbilligung über die Nichtachtung der Unternehmern gegenüber der gestellten Forderung der Gesellen Ausdruck gegeben hatten, erbat Kollege Rühl folgende Resolution ein: „Die heutige Versammlung beschließt, den Meistern keinerlei Schreiben mehr zuzusenden zu lassen und am Morgen des 1. April die Arbeit nicht eher aufnehmen zu wollen, bis die Meister den von der Lohnkommission vorgelegten Arbeitsvertrag unterzeichnet haben. Auf Bauten, wo die Kommission erst später kommt, kann die Arbeit aufgenommen werden, wenn der Meister erklärt, beim Erscheinen der Lohnkommission den Arbeitsvertrag unterzeichnen zu wollen.“ Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Mit einer Aufforderung, die Arbeiterpresse mehr als bisher zu unterstützen und auf die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ zu abonnieren, schloß der Vorsitzende die sehr gut besuchte Versammlung.

In einer in Jena am 7. März abgehaltenen öffentlichen Maurerverammlung referierte der Vorstandende, Kollege Schacht aus Erfurt, über die Lage im Baugewerbe. Der sehr interessante Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Im Anschluß hieran verlas Kollege Kemmer sein Einkommen als Maurer während 25 Jahren, die Bezüge mit eingerechnet. Dasselbe belief sich auf 16.804,82. In dieser Summe sind enthalten 1.421,09 Verdienst seiner Frau und 2.51,09 Extraverdienst. Sein Reineinkommen beläuft sich demnach, wenn man diese beiden Summen in Abrechnung bringt, auf 15.182,75 oder durchschnittlich auf 605,27 pro Jahr. Er bewies sodann den Werth der Organisation durch einige Zahlen. Im Jahre 1898 verdiente er in 2769 gearbeiteten Stunden 817,84, dagegen erhöhte sich sein Verdienst im Jahre 1900 bei einer Arbeitsleistung von nur 14  $\frac{1}{2}$  Mal, also in 2700  $\frac{1}{2}$  Stunden auf 992,60. Dieses erhöhte Einkommen habe er durch die Organisation gewonnen. Es gelangte nunmehr das Schreiben der Innung zur Verlesung. In demselben wird gesagt, daß die Innung nur ausnahmsweise auf das Schreiben der Lohnkommission antworte, da sie nur mit dem Gesellensausfluß zu unterhandeln gewillt sei. Hier schon diese an Hochmut greifende Erklärung der Innungsprotokollen den Anwesenden der Versammlung hervor, so brach aber der Sturm der Entrüstung los, als die Forderung von 33  $\frac{1}{2}$  L. Mindestlohn als unerschämte Begehrung wurde. Die stark besuchte Versammlung, es waren 253 Kollegen anwesend, erklärte sich mit dieser Antwort nicht befriedigt und beauftragte den Gesellensausfluß, weitere Schritte zu thun. Arbeit ist in genügender Menge vorhanden, um einen Vorstoß gegen die Innung zu wagen. 45 Bauten sind in der Ausführung begriffen und 15 werden ausgeschachtet. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Der Zweigverein Kellbra a. Hühnsfelder hielt am Sonntag, den 8. März, in der „Gängerhalle“ seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: „Bericht der Kommission über den am 27. Januar an die Meister eingereichten Tarif“. Vor Eintritt in die Tagesordnung bekräftigte sich der Vorsitzende über den schlechten Besuch der letzten Versammlung und wünschte, daß in Zukunft die Kollegen die Versammlungen besser besuchen. Nach dem Bericht der Kommission wurde der Tarif, welcher in der am 4. Januar stattgefundenen Versammlung genehmigt wurde, an die Meister eingereicht. Bereits am 4. Februar ging von Herrn Maurermeister Bloßfeld folgendes Schreiben ein: „An die Lohnkommission der Maurer hier selbst. Ihr gefl. Schreiben vom 27. d. M. beantworte ich dahin, daß die von Ihnen gestellten Forderungen meinerseits schon längst anerkannt, und in Wirklichkeit umgesetzt sind. Ergebnis 6. Bloßfeld. Die Antwort des Meisters Bloßfeld stand bis zum 24. Februar noch aus. Die Kommission beschloß, persönlich bei ihm vorzutreten. Dies geschah am 25. Februar. Aus der Verhandlung selbst ging hervor, daß Bloßfeld gegen den Tarif nichts Wesentliches einzuwenden hatte. Nur die Forderung für Steinbrucharbeiten, wofür ein Stundenlohn von 30  $\frac{1}{2}$  L. zu zahlen sei, und für Heberlandarbeiten von über eine Stunde Weges, wofür ein Stundenlohn von 33  $\frac{1}{2}$  L. gefordert wurde, war ihm nicht genehm. Nach kurzer Verhandlung gab er die Verlesung, bis zum 1. März Antwort zu ertheilen. Am Sonntag, den 2. März, wurde die Kommission nochmals zu ihm hingestellt. In dieser Verhandlung gab er die Erklärung ab, daß er den Tarif anerkenne. Hieraus mögen die Kollegen erkennen, was durch einmütiges Vorgehen erzielt werden kann, denn wäre die Kommission nicht ernsthaft vorgegangen, dann hätten die Kollegen vielleicht heute noch auf Antwort warten. Hoffentlich werden jetzt die Kollegen mit dem Vorstand gemeinsam an die große Arbeit gehen, die indifferenten Kollegen in den Nachbarorten zur Organisation heranzuziehen. Wenn Jeder seine Pflicht erfüllt und Jeder



das Amt annimmt, wozu er gewählt wird, dann werden auch Lust und Freude uns zur gemeinsamen Arbeit bereiten.

Der Zweigverein Kiel hielt am Mittwoch, den 12. März, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung verlas der Vorsitzende das Amtverordnungs- und die Beschlüsse der letzten Versammlung. Der Vorsitzende sprach dann über die Tätigkeit der Arbeitervereine in Kiel, wozu er nur zwei Stunden von 68 1/2 91stündiger Arbeitszeit auf zwei Jahre bewilligen wollte. Nach kurzer Debatte wurde folgende Resolution von der von 2100 1000 Maurern besuchten Versammlung einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung beschließt nach reiflicher Überlegung, daß von der Innung gemachte Angebote von 68 1/2 nicht annehmen zu können. In Erwägung, daß die friedliche Lösung der Lohnfrage in beiderseitigem Interesse liegt, erwartet die Versammlung von der Innung ein weiteres Entgegenkommen. Falls die Innung sich hierzu bereit zeigt, wird dem Gesellenausschuß die Vollmacht erteilt, in demselben Sinne weiter zu verhandeln.“ Die definitive Entscheidung in der Frage bleibt jedoch der Versammlung überlassen.“ Hierauf hielt Kollege Böhmert einen Vortrag über Unfallversicherungsbedingungen mit Berücksichtigung des Bauarbeitergesetzes, welcher mit lautem Beifall aufgenommen wurde. In „Verschiedenes“ wurde der Antrag gestellt, in den Sommermonaten die Versammlungen präzis 8 1/2 Uhr beginnen zu lassen, welchem auch zugestimmt wurde. Ferner wurde mitgeteilt, daß eine Hilfszelle bei Kraft eröffnet worden ist. Der eingeführte Einheitsbeitrag beträgt 65 1/2 wöchentlich.

In Rostock hielten die O. S. fand am 9. März eine sehr gut besuchte Bauarbeiterversammlung im Weichensbergischen Saale statt. Referent war Genosse Hans aus Breslau. Er fand mit seinen klaren Ausführungen über „Müssen und Ziele der Gewerkschaften“ Verständnis und Beifall. In den Vortrag schloß sich eine, für oberflächliche Verhältnisse, recht lebhafte Diskussion, die überaus zeigte, daß die allgemeine Stimmung der Versammelten, die zum weitaus größeren Teile aus Unorganisierten bestand, für die Gewerkschaftsbewegung günstig ist. Auf den Antrag des Arbeitersekretärs Winter aus Weiden wurde die bekannte Resolution für die Rettung der organisierten Bauarbeiter aus den prekären Verhältnissen eines Landesbauarbeitergesetzes einstimmig angenommen. Sichtlich folgten dieser Versammlung neuer, zur Stärkung der Gewerkschaftsbewegung, die hier so viele Hindernisse findet, könnte das viel nützen.

Eine öffentliche „Christlich“ Bauhandwerkerversammlung tagte am Sonntag, den 9. März, Nachmittags 3 Uhr, im „Eindenhof“ in Rostock, wozu auch unerschert die Kollegen Schwarz und Grünhagen aus Danzig erschienen waren. Nachdem die leidlich besuchte Versammlung eröffnet und der Leiter derselben, Zimmermann Wajda, die Anwesenden aufgefordert hatte, dem Verein beizutreten, erhielt auch Kollege Schwarz das Wort, um seine Ansicht darzulegen. Wajda zeigte den Anwesenden nun an der Hand der gegenwärtigen Verhältnisse das Versteck der christlichen Organisation; diese „Christen“ hätten es vor kurzer Zeit noch nicht nötig gehalten, für die Arbeiter etwas zu tun, als aber der Gentilverband eine Macht geworden und in der Lage war, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gegebenenfalls zu erzwingen, bekamen sich auch die christlichen Herren, daß für die Arbeiter etwas getan werden müsse. Dies Verhalten zeige wohl mit Deutlichkeit die Unfähigkeit der Gründer der christlichen Organisation, einen Teil in die Arbeiterbewegung zu treiben. In dieser Ansicht würde man auch noch bestärkt, wenn man das Entgegenkommen der Unternehmer dieser Organisation gegenüber — abgesehen von einigen Ausnahmen — in Betracht ziehe. Als Wajda dann auf die Vollvorlage zu sprechen kam, wurde er vom Vorsitzenden unterbrochen mit dem Bemerkung, daß dies mit den wirtschaftlichen Interessen der Bauarbeiter nichts zu tun habe — jedenfalls ein Beweis, daß den christlichen Führern das Weibchen, die Arbeiter über die Wichtigkeit dieser Frage hinwegzutäuschen, vielfach gelungen ist. Es wurde ihm aber gleich klar gemacht, daß er im Irrtum sei. Trotzdem fand er nachher doch noch den traurigen Muth, die Vollvorlage zu verheißeln. Seine Ausführungen wurden jedoch vom Kollegen Schwarz so klar widerlegt, daß er schließlich demselben Recht geben mußte. Vom Kollegen Grünhagen wurde sodann das Verhalten der Christlichen in Danzig kritisiert, die eine Vereinbarung mit den Unternehmern getroffen hätten, wonach sie sich, d. h. die christlichen Gesellen, verpflichtet haben, auch während eines eventuellen Streiks zu arbeiten, wenn sie bei der Einstellung von Gesellen berücksichtigt würden. Er wies ferner darauf hin, daß die Gründung der christlichen Organisation während des Streiks unternommen wurde, zu einer Zeit also, wo die Einigkeit der Danziger Maurer im höchsten Maße erforderlich war; dies läßt keine ehrliche Absichten erkennen, außerdem seien fast alle christlichen Vorstandsmitglieder in Danzig Streikbrecher. Daß diese Leute es nicht ehrlich meinen können mit der Erhebung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, dürfte auf der Hand liegen, sonst hätten sie sich nicht zu einer so fluchwürdigen Handlung hergegeben und nicht versprochen, dasselbe für die Zukunft zu wiederholen. Daß die Ausführungen des Kollegen Schwarz Anlauf gefunden hatten, ging aus den Beifallsbewegungen und den Ausrufungen der Kollegen nach der Versammlung hervor. Es steht somit zu erwarten, daß dort bald eine Zersplitterung entstehen wird, trotzdem und trotz kein Lokal zur Verfügung steht. Damit dürfte dann das Ende der Christlichen, die so wie so auf dem letzten Nothpfad stehen, besiegelt sein.

Sonntag, den 2. März, hielt der Zweigverein Krefeld seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Es wurde der Beschluß gefaßt, eine Hausagitation in den umliegenden Dörfern auszuführen, um die Kollegen an die Organisation zu fesseln. Es wurde zunächst Hühner vorgeschlagen. Der Bauarbeiter begab sich am Montag, den 3. März, nach dort, um für Sonntag, den 9. März, ein Lokal für eine öffentliche Versammlung zu beschaffen. Bei dem vierten Witz, bei dem er dieserhalb anfragt, erhielt er eine zugehende Antwort mit der Bedingung, daß nicht über Religion gesprochen werde. Dieses wurde zugestimmt. Der Witz erklärte dabei, der Bürgermeister von Hühner hätte ihm gesagt, wenn jemand käme, um eine Versammlung bei ihm, dem Witz, abzuhalten, dann sollte er ihm, dem Bürgermeister, vorher davon Mitteilung machen. Zum größten Entsetzen des Einberufers der Versammlung, kam der Witz am Dienstag Morgen um 10 Uhr in dessen Wohnung und erklärte ihm, er könne das Lokal nicht bekommen. Der Bürgermeister hätte gesagt, die Maurer von Krefeld wären alle Sozial-

demokraten und die wollten sich neue Anhänger holen. Er betonte dabei, daß er die Erlaubnis nicht verweigern könnte, aber er ließ durchblicken, daß er die Versammlung nicht haben wollte. Der Witz betonte neben seiner Witzhaft auch noch ein solches Ansehen und hierauf hat er die geschicklich vorgezeichnete semantische Missetat innegehalten. Es dies aber immer geschieht, ist ja eine andere Frage. Wahrscheinlich ist der Witz in dieser Hinsicht sich einiger Sünden bewußt und fürchtet eine schärfere polizeiliche Verurteilung dieses Teiles seines Gesellschaftsbeitrages, wenn er sein Lokal zu Arbeiterversammlungen freigibt. Die Kollegen werden gut thun, sich dieses zu merken und den Witz nicht allzusehr mit ihrer Gegenwart zu belästigen. Vielleicht kommt er dann zu der Einsicht, daß es doch besser ist, mit den Arbeitern zu halten und mit ihnen gemeinschaftlich den Kampf gegen jede Verdrängung aufzunehmen.

In einer am 9. März in Ludwigslust stattgefundenen gemeinschaftlichen Versammlung der Maurer und Zimmerleute handelte die Lohnfrage zur Verählung. Kollege Sadowski als Vertreter des Gesellenausschusses berichtete über die mit den Unternehmern gepflogene Verhandlung. Er erklärte, daß die Unternehmer nicht zu bewegen waren, auf die Forderungen der Gesellen einzugehen. Der Gesellenausschuß habe deshalb das Angebot, 10stündige Arbeitszeit und 35 1/2 Stundenlohn, durch die Unterzeichnung des Protokolls angenommen. Nach einer lebhaften Debatte, in der hauptsächlich das eigenmächtige Vorgehen des Gesellenausschusses getadelt wurde, beschloß die Versammlung, das Angebot zu akzeptieren. Zur Vorbereitung der Meißner wurde eine Kommission, bestehend aus drei Maurern und zwei Zimmerern, eingesetzt, die der nächsten gemeinschaftlichen Versammlung ein Programm für die Feier zu unterbreiten hat. Zum Schluß wurde noch die Gründung eines Gesangsvereins beschlossen.

In einer am 11. März in Meissen abgehaltenen öffentlichen Bauarbeiterversammlung hielt Kollege Köppler-Dresden einen Vortrag über „Arbeiterorganisationen und Unternehmerverbände“. Nachdem Wajda den Versammelten die Entwicklung der Bauarbeiterorganisation vor Augen geführt, kam er auf die Tätigkeit des Arbeiterverbandes im Bauergewerbe zu sprechen und forderte die Kollegen auf, auch bei der jetzt bestehenden Krise die Organisation aufrecht zu erhalten, um beim Eintreten besserer Arbeitsbedingungen auf die Gehaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen günstig einwirken zu können. In Stelle des erkrankten Vertrauensmannes gab Kollege Wende den Jahresbericht. Aus letzterem ging hervor, daß die Meißner Maurer seit Juli 1900 ständig unter Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Ein großer Teil unter organisierter Kollegen war gezwungen, den Ort zu verlassen, ein anderer Teil arbeitet in den Steinbrüchen. Die Folge davon war, daß auch die Organisation stark zurückging. Die Unternehmer benutzten die Gleichgültigkeit der Maurer und drückten den Lohn im vorigen Jahre um 20 pzt. herunter. Dieses bedeutet einen Lohnverlust von 175 pro Maurer, oder für 200 am Ort Beschäftigte 35 000. Hätten die Kollegen ihre Verbindungsbeiträge bezahlt und wären der Organisation treu geblieben, so betrügen die Beiträge für ein Jahr 2400. Dieses Geld trauten sie sich nicht aufzubringen und lieber ließ man sich 35 000 weniger Lohn auszahlen. Doch in Wirklichkeit ist der Lohnabzug noch bedeutender, da die Spekulationen anfangs früher 34 1/2, jetzt teilweise 26 1/2 bezahlen. Durch die Interessenlosigkeit der Kollegen ist es den heftigen Unternehmern auch schon in Dresden gelungen, weniger Lohn zu zahlen, als dort üblich. Weber & Weder zahlten im vorigen Herbst 38 1/2, und Otto & Schöller jetzt am Polsteintum 42 1/2 Stundenlohn, während in Dresden 43—45 1/2 gezahlt werden. Die Arbeitszeit wurde seitens der Firma Otto & Schöller am 21. Juli und seitens Schöller am 11. August auf zehn Stunden reduziert. Doch wurde leider bei letzterem im Herbst auf einem Bau wieder elf Stunden gearbeitet. Trotz großer Arbeitslosigkeit ließ der langjährige Unternehmer Starke (welcher in den letzten Wochen auch wieder zur Stelle greifen mußte) zwölf Stunden arbeiten. Da ihm genug Unorganisierte zur Verfügung standen, konnte die Organisation nicht einschreiten. Versammlungen fanden drei statt — Eine wurde wegen zu schwachen Besuches nicht abgehalten. Weiter wurde eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung einberufen, welche sich mit dem Bauarbeiter-Schuß beschäftigte. Auch fand eine Bauteilkontrolle statt. Das dadurch gewonnene Material veranlaßte den Vertrauensmann, auch Unternehmer bei dem Stadtrat resp. bei der Amtshauptmannschaft anzusprechen. Diesem ist es auch wohl zu verdanken, daß die Polizeiverordnung jetzt besser eingehalten wird als früher. Doch ist auch hier noch mehr zu thun. Die Konferenz in Leipzig wurde mit einem Delegierten besetzt. Trotz des milden Wetters sind auch jetzt noch zwei Drittel der Kollegen arbeitslos und ist vor Ostern kaum auf Arbeit zu rechnen. Die Einnahme betrug im vorigen Jahr einschließlich Kassenbestand von 1900 223,70; an die Hauptkasse abgehandelt 58,22; Reiseunterstützung 4 34,50; Kassenbestand 123,12. Da die Revisionen nicht revidiert hatten, wurden sie beauftragt, dieses sofort nachzuholen. Kollege Wajda führt an, daß hier noch viel mehr agitiert werden muß. Trotz der Mühe, die sich einzelne Kollegen seit Jahren gegeben haben, hat die Organisation noch nicht festen Fuß gefaßt. Die Vertrauensmänner der Gewerkschaften könnten noch viel mehr thun. Aber auch die politische Organisation hätte in der letzten Zeit Verschiedenes, noch zur Agitation diene, nicht ausgenutzt. Dann wurden auf Beschluß der Versammlung dem Verbandsvorstand folgende Kollegen zur Festsetzung empfohlen. Weinstadt als Vertrauensmann, Fischer als Erläuterer, Börm, Weinstadt und David als Redatoren. Nach der Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftsamt, soweit sie maßberechtigt sind, zu beauftragen, damit die Räte der Gewerkschaften durchdringe. Auch sei es Pflicht sämtlicher Kollegen, für Ausbreitung unserer Organisation Sorge zu tragen, damit im nächsten Jahre ein besseres Resultat vorliegt. Nach dem nächsten, nach Erledigung einiger nebenstehender Angelegenheiten erfolgte Schluß der sehr besuchten Versammlung.

Der Zweigverein Minden i. W. hielt am 28. Februar seine Generalversammlung ab. Zunächst verlas der Kassierer den Kassenbericht vom vierten Quartal, welcher vom Vorstande bestätigt wurde. Die Gesamtaufstellung der Einnahmen und Ausgaben ergab folgendes Resultat. Einnahme: Kassenbestand

vom Jahre 1900 M. 39,75, Streifkassensbeiträge M. 11,88, Eintrittsgeld M. 31, Beiträge 20 1/2 M. 1,40, 25 1/2 M. 477,26, 35 1/2 M. 950,95, 634 Streifkassensbeiträge 16 1/2 M. 86,10, 40 Streifkassensbeiträge 20 1/2 M. 8, Zuschuß im 1. Quartal 1901 M. 160. Summa der Einnahme M. 1776,33. Ausgabe der Hauptkasse für verlorene Marken M. 18,46, Reiseunterstützung M. 126, für die Familien der Inhabanten M. 228, an die Hauptkasse M. 948,24, an die Lokalfasse M. 306,70, Sterbegeld M. 20, an die Frau eines Mitgliedes M. 30. Summa der Ausgabe M. 1697,89. Bestand M. 77,94. In der Lokalfasse blieb ein Bestand von M. 41,18. Hierauf erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Dann erstattete der Vorsitzende Bericht über die Lohnbrüderi in der Glasfabrik vorm. F. A. Meier Söhne, jetzt Aktiengesellschaft (Gen.). Auf Antrag des Vorsitzenden wurde beschlossen, die Sperre über die Bauten der Glasfabrik zu verhängen. Mit dem Wunsch, daß der Zweigverein Minden auch bald ein festes Glied in der starken Reihe des Verbandes werden und bleiben möge und mit einem boomenden Hoch auf das Wähen und Gelingen des Verbandes wurde die Versammlung geschlossen.

Am 4. März hielt der Zweigverein Wilmshaus a. d. Ruhr seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zunächst erstattete der Vorsitzende, Kollege Albrecht, den Jahresbericht. Es haben im Vorjahre zwei öffentliche und 25 Mitglieder-Versammlungen stattgefunden. In den ersten wurden Vorträge über die Krise und über Zweck und Nutzen der Organisation gehalten, während die letzteren sich vorwiegend mit inneren Verbandsangelegenheiten beschäftigten. Am Schluß seiner Ausführung tadelte Wajda den schlechten Versammlungsbetrieb und ersuchte die Kollegen, dafür einzutreten, daß hierin Wandel geschaffen werde und die indifferenten Kollegen dem Verbande zugeführt werden. Sodann wurde über die vom Bauvorstande überlieferten Flugblätter verhandelt. Dieselben sollen dazu dienen, eine möglichst große Zahl Anbitterer dem Verbande zuzuführen, um der Wäher der Unternehmung im Hinblick auf die zu erhaltende rege Sentimentalität reichlich entgegenzutreten zu können.

Der Zweigverein Neuenhamme hielt am 9. März eine Mitgliederversammlung ab. Zunächst wurden die Vorstands-wahlen erledigt. Sodann wurde die Lohnfrage besprochen und beschlossen, vorläufig die Angelegenheit zu vertragen. In „Verbandsangelegenheiten“ wurde der Wunsch laut, daß der Beitrag wieder auf 25 1/2 wöchentlich festgesetzt werde, da fast alle Mitglieder einer Sterbefasse angehören.

Am 9. März hielt der Zweigverein Schneidemühl seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Es liegen sich zunächst zwei Kollegen aufnehmen. Dann erstattete Kollege Weidner II Bericht vom der Potsdamer Konferenz. Er legte klar, wie notwendig die Organisation ist, ohne diese könnten bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht erzielt werden. Es ist deshalb Pflicht eines jeden Kollegen, für den Ausbau der Organisation zu sorgen. Gerade in jetziger Zeit, wo die Unternehmer versuchen, unsere Organisation zu vernichten, ist dies noch wichtiger. Der Bericht wurde von den Kollegen mit Begeisterung aufgenommen. Dann wurde von den Kollegen, die bei dem Unternehmer Wajda arbeiteten, berichtet, daß Wajda zum zweiten Male wortbrüchig geworden sei, indem er nur 35 1/2 Stundenlohn zahlte, während der Tarif auf 38 1/2 lautete. Die Kollegen nahmen deshalb die Arbeit nicht wieder auf und erklärten, sie so lange ruhen zu lassen, bis der tarifmäßige Lohn gezahlt wird. Bei einer Unterhandlung vor dem zweiten Bürgermeistern ludte Wajda alle Schuld von sich abzuwälzen und sie seinem Parlier zuzuschreiben. Nach einer einstündigen Unterhandlung mußte er sich aber bequemen, den Tarif schriftlich anzuerkennen. Die letzte Sperre dauerte 2 1/2 Tage.

Am 4. März hielt der Zweigverein Spandau seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Auf Antrag des Kollegen Wajda wurde beschlossen, die Beiträge jeden Sonntag von 9 1/2 bis 11 1/2 Uhr und Anträge auf Aufnahme von 11 1/2 Uhr an entgegen zu nehmen. Die Arbeitslosigkeit haben sich für jede Woche der Arbeitslosigkeit an darauffolgenden Sonntag einen Arbeitslosenstempel in das Mitgliedsbuch stempeln zu lassen. Das Kassieren am zweiten Osterfesttag wurde auf den ersten verlegt, weil sonst der Besuch der „Kranke“ in Berlin zufolge der Kollege Wajda berichtet, daß das Kartell zufolge der letzten Bauteilkontrolle eine Beschwerde an den Regierungspräsidenten gerichtet und um Aufhebung der vorgedachten Maßnahme ersucht habe. Der Herr Regierungspräsident habe wohl die Maßnahme anerkannt, aber auf Abhilfe geschwiegen worden ist, oder vielleicht ein Verzicht gemacht worden ist, dieselbe aufzuheben, ist nicht mitgeteilt worden. Der Kollege Wajda wünscht, daß, sobald sich die Arbeit etwas verbessert, eine neue Bauteilkontrolle vorgenommen werde. Seien die Maßnahme dann noch nicht beendet, dann sei abermals eine Beschwerde an den Herrn Regierungspräsidenten einzulegen. Kollege Wajda machte die traurige Mitteilung von dem Ableben der Frau des Kollegen Kasten und wünscht rege Beileidigung am Begräbnis. Zum Schluß wurde der Kollege Semmler wieder in den Verband aufgenommen. Dem Kollegen Kamrad wurde ein Darlehen von M. 10 aus der Lokalfasse bewilligt.

Aus Straßburg wird uns geschrieben: Ob zwar auch hier sich das Geranachen des frühlings bemerkbar macht, sieht man doch vom Einfallen der Bauteilgüte noch sehr wenig. Die Unternehmer unserer alten Hausstadt stehen noch auf dem Standpunkt des verflochtenen Fachhandels. Sie sind der Meinung, daß die Arbeit, und wäre es eine auch noch so günstige Witterung, vor Ostern nicht beginnen dürfe. Und so sehen wir denn auch noch über die Hälfte der hier am Orte anwesenden Kollegen auf der Straße spazieren gehen, während wir zum Sommer allem Anscheine nach auf eine sehr günstige Bauteilgüte rechnen können. Auch das Verprechen des Ministers im Reichstage, daß Regierungen und andere öffentliche Bauten so viel wie möglich in Angriff genommen werden sollten, scheint auf die hier am Orte in Frage kommende Bauteilgüte wenig Einfluß gemacht zu haben, denn nun, nachdem schon die zweite Rate zu unserem Bauteilgütebau im Abgeordnetenhaus gefordert wird, wird man noch nicht gewagt, wozu die erste bewilligte Rate überhaupt gebraucht worden ist. Wenn nun dem Verprechen des Ministers Folge gegeben werden sollte, so müßten sich doch die Bauteilgüte, die nun bereits ein Jahr im Gange sind, sofort beschleunigen lassen, daß man mindestens mit den Erdarbeiten beginnen könnte. Aber nichts von alledem; die Stelle, wo der neue Bahnhof zu stehen kommt, sieht noch genau so aus, wie immer. Ja, wenn man überhaupt nicht dann und wann in den hiesigen



Tageszeitungen zu lesen bekäme, daß die Inangriffnahme des Bahnhofsneubaus bald vor sich gehe, so wüßte man von dieser Sache überhaupt nichts. Nach der Mitteilung, daß hier ein größeres Kammergebäude aufzuführen läßt, scheint es nicht sehr eilig zu haben. Nachdem die Grundmauern bis zur Hälfte schon seit dem Oktober fertig sind, hat man die weiteren Arbeiten bis heute noch nicht vergeben. Die Kommune scheint ebenfalls so wenig Arbeit wie möglich für richtig zu halten. Durch den letztgenannten Neubau wird die bisher zu diesem Zwecke benutzte Katharinenkirche frei. Die Katholiken, die hier über eine sehr kleine Kirche verfügen, tragen sich mit dem Gedanken, diese frei werdende Kirche zu kaufen, und würden durch die Denonierung derselben Arbeitskräfte in größerer Anzahl gebraucht werden. Jedoch die Kommunalbehörde, die durchweg aus Protestanten zusammengesetzt ist, gönnt den Katholiken diesen Kauf nicht, besteht auf ihrem Vorkaufsrecht und will das Gebäude in ihren Besitz bringen, und dann in der jetzigen Gestalt belassen. Wie man sieht, obgleich hier genug Gelegenheit wäre, die Kollegen von der Straße zu bringen, wird von keiner der hier in Frage kommenden Behörden Anstalt dazu gemacht.

Am 4. März tagte in der „Arde“ zu Bant die regelmäßige Mitgliedserversammlung des Zweigvereins **Wilhelmsbader**, welche sich zunächst mit der Verbreitung der vom Hauptverband gefandenen Flugblätter beschäftigte. Es wurde beschlossen, 14 Tage mit der Verbreitung zu warten, da jetzt die Arbeit noch nicht in ihrem vollen Umfange aufgenommen ist. Zugleich wurde erwidert, daß künftig beschloffen wurde, Streikbrecher erst durch Verarmungsbeschlüsse wieder aufzunehmen, wenn sie sich darum bemühen. Vom Kollegen **W. Börsen** wurde beantragt, bei Zwischenunternehmern nicht mehr zu arbeiten. Es handelt sich dabei um die Streikbrecher, welche das Fassadenputzen in Auftrag übernehmen. Da die Unternehmer die Fassaden nicht anders als in Auftrag geben lassen, würde den Kollegen empfohlen, eher die Arbeiten selber in einem gemeinnützigen Auftrag zu übernehmen, als bei den Zwischenunternehmern zu arbeiten. Es wurde dann Aufgabe der Organisation, darauf zu achten, daß sich aus diesen Kollegen keine Zwischenunternehmer herausbilden. Erst dann, wenn dies System beseitigt ist, könne man daran denken, die Arbeit selbst abzugeben. Hierauf wurden die Arbeitsverhältnisse am Ort besprochen. Wie geschildert, war der Unternehmer Gröbner nicht mit der Arbeitsweise einverstanden. Er hatte im Winter, durch die Verhältnisse unterstützt, seinen Leuten die Frühstückspause abgezogen, ihnen aber dafür das Verpflegen gegeben, die Frühstückspause wieder zu belassen und vom 1. Februar die Frühstückspause wieder zu gestalten. Nachdem die Arbeit am 1. März wieder aufgenommen wurde, verlangte er sogar, daß von 7½–12 Uhr ohne Frühstückspause gearbeitet werden solle. Durch das geschlossene Auftreten der Kollegen wurde die Pause wiedergewonnen. Der Unternehmer bestmann forderte, daß von 7–12 Uhr ohne Frühstückspause gearbeitet werde. Auch dort wurde die Sache zu Gunsten der Kollegen geregelt. Diese Fälle betreffen, daß ohne eine gute Organisation der tolle Witz und die schlechtesten Arbeitsverhältnisse eingeführt würden. Auf Befragen erklärte Kollege **Ringel**, daß der Unternehmer **W. Bräuner** die Lohnherabsetzung bewilligt, aber noch nicht ausbezahlt habe; er sei bereit, die Arbeit dort niederzulegen. Dem wurde entgegen gehalten, daß es falsch sei, dort weg zu gehen, sondern man müsse bleiben und darauf dringen, daß der Käufer sein Wort hält. Unter „Verständigen“ wurde nach längerer Debatte beschlossen, daß der Kassierer diejenigen Kollegen namhaft machen soll, welche sich nach § 11 des Statuts arbeitslos gemeldet haben. Darauf erinnert Kollege **Ränge** daran, daß jetzt Wahlbezirke zu wählen sind, welche jeden Monat in der Sitzung der Bauarbeiterschuttkommission über die Verhältnisse auf den Bauten zu berichten haben. Des Weiteren wurde vom dem Kollegen **Schmolling** beantragt, den Kollegen **Reuter**, welcher eine siebenmonatliche Gefängnisstrafe für eine Sagarie mit Streikbrechern erlitten hat und sich jetzt in der Not befindet, zu unterstützen. Es wurde dieses dem Vorstand überwiesen, welcher dem Kollegen zunächst **20** ausshändige. Bei dieser Debatte zeigte sich, daß sehr viele Kollegen ihr Statut sehr wenig kennen. Die rüchständigen Mitglieder sollen zur nächsten Versammlung schriftlich eingeladen werden. Nachdem auf die Märzfeier sowie auf die **W. Wöhrer**-Versammlung hingewiesen, ermahnte der Vorsitzende, aus dieser Versammlung die Lehre zu ziehen, daß eine gute Organisation mit regem Verarmungsbefehl die Unternehmer am besten im Schach halten kann.

Am 9. März fand in **Burg** eine öffentliche Maurerverammlung statt. Der geringe Besuch war jedenfalls der schlechten Witterung zuzuschreiben. Als Referent war Kollege **Weyers** beige vorgelesen. Derselbe war aber am Ergehen verhindert. Es wurde deshalb von dem Jahresbericht erstattet. Die Einnahme betrug **4.068,25**, davon wurden an die Hauptkasse abgeführt **2.770,82**, für Reiseunterstützung wurden verausgabt **22,50**, für Bierbegelung an zwei Mitglieder **75** und der Solalkasse wurden **1.194,93** überwiesen. Zugänglich eines aus dem Jahre 1900 übernommenen Bestandes von **468,28** hatte diese Kasse eine Einnahme von **1.667,41**, ihr Ausgabe belief sich auf **586,98**, so daß **1.080,43** auf das Jahr 1902 vorgetragen werden konnten. Von diesem Bestande sind allerdings noch die Kosten der Herren bei Wehweg und Bürt in vorigen Jahren im Betrage von **829,38** zu beden. Verarmungen haben 9 stattgefunden, in 2 derselben waren Referenten die Kollegen **Boigt** und **Bümelburg** und in 4 Vertretter des Bauvorstandes anwesend, Kommissionsmitglieder fanden 17 statt. Die Mitgliedszahl betrug **210**, am Schluß des 1. 280 des 2. 290 des 3. und 192 am Schluß des 4. Quartals. Gestorben sind drei und ausgetreten ein Mitglied. Bauvermerker mußten drei verhängt werden, wovon zwei, **Döbler** und **Wiegand**, erfolgreich für die Gesellen endeten. Die Sperre über die Bauten des Unternehmers **Baum** aus **Dijag** wurde zwar im Winter aufgehoben, aber von neuem verhängt und besteht jetzt noch. Auf Antrag der Revision, die benötigten, Bürger und Welege steht in better Ordnung vorgefunden zu haben, wird dem Vertrauensmann **Dehage** erteilt. Die Verschärfung auf Einführung der Einheitsmaße wird des schwachen Belustes wegen ausgelegt. Deswegen wird, daß die Kollegen, die drei Tage und länger in einer Woche arbeitslos sind, sich jeden Sonnabend von 7 bis 8 Uhr oder Sonntags von 10 bis 12 Uhr in „Stadt Bant“ zu melden haben; auswärtige Kollegen haben ihre Meldungen bei den Hilfskassieren zu erhalten. Zum Schluß

wird es jedem Kollegen zur Pflicht gemacht, bei für eigene Rechnung übernommenen Arbeiten nicht unter einem Stundenlohn von 42  $\frac{1}{2}$  zu arbeiten.

## Maurerlehrlinge.

Aus Stuttgart wird uns geschrieben:  
Ein neues Wort ist in Württemberg entstanden: „Maurerlehrlinge.“ Seit unendlichen Zeiten gibt es bei uns etwas „Deutliches“ nicht, „Speisbuben“ war selber die Bezeichnung für diejenigen jungen Leute, die bereinigt das Maurerhandwerk ausüben sollten. Dieser Name war nicht willkürlich gewählt, er entsprach tatsächlich der Beschäftigung dieser Arbeiterkategorie. Speisbuben, Steinmetzen, das war und ist heute noch die Tätigkeit derselben; von einer wirklichen Ausbildung im Maurerhandwerk keine Spur. Nach zwei oder drei in dieser Weise zubehandelten Jahren, in welchen der Arbeitgeber nach Belieben gewechselt wurde, durfte dann der inzwischen 18–17 Jahre alt gewordene junge Mann günstigenfalls einen Platz unter den Maurern einnehmen, womit eigentlich erst die Erlernung des Maurerberufes ihren Anfang nahm. Das eine solche „Ausbildung“ eines Maurers keineswegs hinreicht, sein Handwerk derart zu verstehen, daß er allen später an ihn herangetretenen Anforderungen entsprechen kann, liegt klar auf der Hand. Ein deutlicher Beweis dafür wurde z. B. im Jahre 1890 anlässlich der allgemeinen Bauhandwerkerstreikung geliefert, wo von 30 nach Straßburg abgereisten Maurern nach einigen Tagen etwa die Hälfte zurückkehrte, weil diese in Stuttgart „ausgebildeten“ Leute nicht im Stande waren, ihre berufliche Tätigkeit auch unter etwas veränderten Verhältnissen auszuüben.

Ein solcher Zustand ersähen jedem Kenner der Verhältnisse im Baugewerbe auf die Dauer unhaltbar und unzählige Male schon wurden in organisierten Maurerfreien Erörterungen über Verbesserungen in dieser Richtung gepflogen. Diese blieben aber erfolglos, da den Stuttgarter Bauunternehmern in ihrer Mehrzahl dieses einträgliche Arbeiterverhältnis paßte und die Arbeiterorganisationen selber nicht stark genug waren, eine Änderung erzwingen zu können. Erst der durch den neuen Handwerkerstreik erzielten Stuttgarter Handwerkeralltag gelang es, einen erfolgreichen Anstoß zu gütlichen Zuständen zu geben. In den Tagesblättern vom 22. Februar 1902 findet sich nämlich folgende Bekanntmachung:

## Maurerlehrlinge.

Nach den Bestimmungen des neuen Handwerkergesetzes darf vom 1. Oktober 1901 ab niemand den Meisterlehrling führen, welcher nicht eine ordentliche Lehrzeit in seinem Gewerbe durchgemacht und die Gesellenprüfung bestanden hat.

Um im Baugewerbe, soweit wir es vermögen, im Interesse eines tüchtigen Gesellen- und Meisterstandes Ordnung zu schaffen, haben die Mitglieder des Baugewerkevereins Stuttgart beschloffen, von jetzt ab allgemein sog. „Speisbuben“ nicht mehr einzustellen, dagegen junge Leute, welche das Baugewerbe ergreifen und erlernen wollen, als Maurerlehrlinge aufzunehmen und solche wie die Steinbauerlehrlinge in unsere Stammtrollen einzutragen, was wir hierdurch zur öffentlichen Kenntnis bringen.

Die das Lehrverhältnis betreffenden wichtigsten Bestimmungen der freien Genossenschaft sind folgende:

1. Die Lehrzeit dauert drei Jahre in der Weise, daß die für beide Teile bindende Arbeitsdauer pro Jahr je vom 1. April bis 31. Oktober bemessen wird. Bei vorhandener Arbeitsgelegenheit und günstiger Witterung ist jedoch eine längere Arbeitsdauer nicht ausgeschlossen.

2. Der Lehrling hat sich nach Ablauf der Lehrzeit einer Gesellenprüfung zu unterziehen.

3. Der Lehrling erhält als Vergütung im ersten Jahr nicht unter 15  $\frac{1}{2}$ , im zweiten Jahre nicht unter 18  $\frac{1}{2}$  und im dritten Jahre nicht unter 25  $\frac{1}{2}$  pro Stunde.

4. Vom Frühjahr 1905 ab werden von den Mitgliedern des Baugewerkevereins Stuttgart nur solche Jungmänner in Arbeit genommen, welche sich einer Gesellenprüfung unterzogen haben.

Stuttgart, im Februar 1902.

Der Vorstand des Baugewerkevereins Stuttgart.  
G. B. u. f.

Seitens des Gesellenausschusses der Handwerkskammer wurde im November d. J. ein Vertreter des Maurerverbandes zu einer Besprechung über das Lehrverhältnis im Baugewerbe eingeladen, die zu dem Ergebnis führte, daß die Maurerorganisation ihren Stempel auf dieser Frage schriftlich niederlegen sollte. Dies geschah in Form einer Resolution, die in der Mitgliederversammlung vom 1. Dezember d. J. einstimmig gefaßt wurde und folgenden Wortlaut hat:

„Die im Verband organisierten Maurer erklären sich prinzipiell mit der Einführung einer einheitlichen dreijährigen Lehrzeit im Baugewerbe einverstanden. Um aber die zukünftigen Lehrlinge vor Nachteilen gegenüber dem bestehenden Zustand zu bewahren, hatten die Maurer es für unbedingt notwendig, daß folgende Punkte seitens der Handwerkskammer als Grundlage für sämtliche Lehrlinge im Baugewerbe festgelegt werden:

1. Der Lehrling darf nicht zum Transport von Materialien verwendet werden; bei der Zubereitung von Mörtel usw. nur insoweit, als dies zu seiner Ausbildung nötig ist.

2. Der Lehrling logiert und beschäftigt sich außerhalb der Wohnung und des Geschäftes des Meisters; als Entschädigung erhält er vom Meistermeister im ersten Lehrjahre mindestens **1.80** pro Arbeitsstag, im zweiten **2.20** und im dritten Lehrjahre mindestens **2.60** pro Arbeitsstag.

3. Der Lehrling ist an allen Werktagen des Jahres zu beschäftigen, resp. ist an solchen Tagen, wo er wegen der Witterungsverhältnisse oder aus anderen Ursachen nicht beschäftigt wird, die Entschädigung fortzuzahlen.

4. Dem Lehrling ist der Besuch einer Fach- oder Fortbildungsschule innerhalb der Arbeitszeit zu ermöglichen.

Vergleichen wir diese hier niedergelegten Wünsche nun mit den verfassungsmäßigen Beschlüssen des Baugewerkevereins, so finden wir, daß dieselben so gut wie gänzlich berücksichtigt worden sind. Nicht einmal der selbstverständlichen Bestimmung hat man sich aufhingen können, die Verwendung der Lehrlinge zu Handlangerarbeiten zu untersagen. Die

dreijährige Lehrzeit verstehen die Herren Baugewerkemeister in der Weise, daß ein Lehrling vom 1. April bis 31. Oktober, also nur sieben Monate, lernt. Warum? Darum! Wüßten die Meister auch im Winter ihre Lehrlinge beschäftigen, so könnten sie nur einen entsprechenden Prozentsatz im Verhältnis zu der Zahl der beschäftigten Gesellen halten, die siebenmonatige Lehrzeit dagegen ermöglicht es, auch fernerhin auf den Hauptplätzen die berühmten „Kinderbänke“ behaupten. Vom Besuch einer Fach- oder Fortbildungsschule, die ein dringendes Bedürfnis ist, da die in unseren ländlichen Volksschulen erlangten Kenntnisse durchaus als ungenügend für den späteren Beruf bezeichnet werden müssen, ist gar keine Rede; vermute ich stehen unsere Bauunternehmer auch auf dem Standpunkte, daß viel Wissen „begehrlich“ macht. Hoffentlich wird hier die Handwerkskammer noch ein Wort mitreden.

Alles in Allem genommen, ist die Einführung einer geregelten Lehrlingsausbildung im Baugewerbe im Prinzip zu begrüßen. Die geschriebenen mündlichen Begleiterscheinungen aber müssen seitens der erfreulichweise immer mehr erstarkenden Maurerorganisation energisch bekämpft werden, bis sie anderen im Sinne einer vernünftigen Lehrlingsausbildung gelegenen Bestimmungen Platz gemacht haben.

## Wie bekommt man einen gefügigen Gesellenausschuß?

Diese Frage zu beantworten, dürfte der Obermeister der Bauinnung zu Danzig, Herzog, in der Lage sein. Wegen die Wahl des Gesellenausschusses, die am 20. März 1890 stattfand und in der die Kandidaten des Zentralverbandes der Maurer und Zimmerer siegten, wurde von Seiten eines Innungsmitgliedes Beschwerde erhoben — auf dessen Veranlassung läßt sich denken — aus dem Grunde, weil die Veranlassung der Wahl nicht zeitig genug erfolgt war. Man wird aber wohl nicht festlegen, wenn man annimmt, daß der eigentliche Grund der war, daß die Kandidaten ihr Recht verletzten und nicht so gefügig wie die aufgestellten Portiere der Herberge sein würden.

Der Magistrat gab diesem Protest auch statt und erklärte die Wahl für ungültig. Hierauf wurde die Neuwahl von Seiten der Innung auf den 30. Juli festgesetzt. Hierbei ist es denn nun, wie vom Magistrat infolge der eingeleiteten Untersuchung festgestellt wurde, recht eigenartig zugegangen. Ueberraschend war das Wahlergebnis; trotzdem die Kandidaten der genannten Verbände — wie in dem hergegangenen letzten Protest behauptet wird — in Danzig allein 192 Stimmen erhalten hatten, siegten die vom Maurer- und Zimmerer-Verband aufgestellten Kandidaten mit einer Stimmengahl von 176; nach einer Feststellung der Innung hatten die Kandidaten der Verbände 165 Stimmen.

Und dies kam so, wie vom Magistrat, der nach erfolgtem Protest die Wahl für ungültig erklärte, festgestellt wurde: 1. Zwei Wähler wurden nicht zur Wahl zugelassen, weil das Wahlkomitee behauptete, dessen Arbeitgeber gehörten nicht der Innung an, trotzdem es doch der Fall war.

2. Die Zulassung der Wahl war davon abhängig gemacht, daß der Wähler bei Abgabe des Stimmzettels eine schriftliche Bescheinigung beibringe, nach welcher er zur Zeit der Wahl bei einem Innungsmeister beschäftigt sei, gleichzeitig einen glaubhaften Nachweis über sein Lebensalter. Wirklich heißt es weiter: Nur wer sich im Besitze dieser Bescheinigung befindet, kann das Wahlrecht ausüben und wird zum Wahllokal zugelassen werden.

Diese Bestimmung kennzeichnet das Bestreben des Vorstandes der Innung, unter allen Umständen einen ihm gefügigen Gesellenausschuß zu erhalten, indem er sich eine derartige Ungefährlichkeit erlaubt.

3. Infolge dieser Konstruktion hat der Wahlvorstand 19 Personen geteilt, weil sie sich über ihr Alter nicht ausweisen konnten. Vom Magistrat wurde nun festgestellt, daß 11 Personen vollständig waren, und diese das Recht allein schon geändert hätten, von 7 wurde das Alter nicht festgestellt, und nur eine war minderjährig, diese hatte aber für die Kandidaten der Herberge gestimmt.

4. Wurden noch über 20 Stimmen, die die Kandidaten der Verbände erhalten hatten, für ungültig erklärt, weil in der Arbeitsbescheinigung der Vorname des Arbeiters fehlte, oder weil sie nicht vom Arbeitgeber, sondern in dessen Auftrag vom Portier ausgestellt war.

Schließlich wird noch in der Antwort des Magistrats gesagt, daß der Obermeister der Innung, Herzog, nicht bei der Wahl mitgewirkt hat; Tatsache ist jedoch, daß bei Feststellung des Wahlergebnisses Herzog den Vertretern der Verbände unter Androhung der Klage wegen Hausfriedensbruchs aufserbarte, das Resultat zu verlassen.

Die gegen diesen Beschluß des Magistrats seitens der Innung eingelegte Beschwerde hatte den Erfolg, daß in der zweiten Instanz die Wahl für gültig erklärt wurde, aus dem Grunde, weil die Unterschrift der Beschwerdeführer in erster Instanz die Deutung zuließ, daß sie im Auftrag der genannten Verbände Beschwerde geführt hätten. Auch der Minister für Handel und Gewerbe, der hierauf von Seiten der Gesellen angerufen wurde, entschied in diesem Sinne.

Somit hatte die Innung ihr Ziel erreicht, da sie mit diesem Ausschuss, dessen Mitglieder der Partier Master ist, nach Belieben schalten und walten konnte. Die Folgen haben sich denn auch recht bemerkbar gemacht. Die Innung versteht die Gesellen bei jedem Anlaß an den Gesellenausschuß, dieser füllt sich aber nie, weil die Interessen der Gesellen der Innung gegenüber zu vertreten, ja, selbst das Ausschlußmittels selbst hat sich nicht geteilt, während des Maurerstreiks als Streikbrecher zu arbeiten.

Als in diesem Jahre der Vorstand des Zweigvereins der Maurer einen Verlängerung des Vertrages ein bezügliches Erjuden an die Innung richtete, wurde er an den Gesellenausschuß verwiesen. Dieser füllte sich aber nicht einmal, veranlaßt, auf ein an ihn gerichtetes Schreiben zu antworten; etwas Schamlosere kann es wohl kaum geben.

So vertritt der Gesellenausschuß die ihm anvertrauten Arbeiterinteressen.

Doch der Vorstand der Bauinnung, mit dem Obermeister Herzog an der Spitze, leistet sich noch mehr. Die Verdrüßung mit dem Gesellenausschuß scheint so enorme Fortschritte gemacht zu haben, daß, trotzdem das Innungsstatut vorschreibt, jedes Jahr sei ein Mitglied und ein Ersatzmann



Der Rückgang der Bauthätigkeit zog natürlich auch eine Abnahme in der Nachfrage nach Spiegelglas nach sich. Die bisher noch gehaltenen Preismühen weichen. Derjenige für Spiegelglas ging nach Auflösung des internationalen Syndikates am 20. v. M. zurück, da die inländischen Fabrikanten eine Ueberwindung des deutschen Marktes mit fremder Waare beschürften und diese durch Preisserhöhung zu verhindern suchten. Im Sommer zogen die Preise vorübergehend einmal um 5 Pzt. an. Im Dezember dagegen sank wieder eine Preisbildung um 10 Pzt. statt. Noch ungünstiger lag der Fensterglasmarkt. Die Läger auf den schlesischen und sächsischen Gläserwerken im Frühjahr so sehr an, daß nur bei einer Preisermäßigung von 20 bis 30 Pzt. ein Theil der Vorräthe untergebracht werden konnte. Der Rest wurde zu verwerthen. (?) Preiseln exportirt. Dies ist die Abrechnung der Altkriegsgläser der Glasindustrie mit ihren glänzenden Gewinnen, fetten Stübchen und Tanktönen, so merkt man freilich von irgend welchen angeblichen Verlusten nichts. Bezüglich der Glashändler wird sodann weiter ausgeführt, daß sie am Anjange des Jahres 1901 eingekauft und an diejen Abwässer, wie an ihren Loberbeständen, durch den Preisrückgang viel Geld verloren haben. Infolgedessen wurde das Angebot der Händler allgemein sehr groß und bei der eingeschränkten Nachfrage mußte vielfach mit Verlust verkauft werden. Dazu konnten noch manche Ausfälle bei der Regulierung der Gebläse.



Schließlich wird auch die Maschinenindustrie besprochen und dabei der Streik der Maschinenarbeiter erwähnt. Es wird angegeben, daß der Streik einen „sehr bemerkbaren Mangel an Maschinen“ in Berlin zur Folge hatte, aber hinzugefügt, daß er dadurch etwas gemindert wurde, daß Fabriken, die sonst nur Hohl- und Walzenmaschinen, als hier die Fabrikation von Maschinen einführen, wobei sie die Preise erhöhen. Der Streik gab auch einen beiderseitigen Anstoß zur Einbürgerung der Maschinenmaschinen. Der Streik war demnach für das Kapital von großem Nutzen, der den auf der anderen Seite erlittenen Schaden mehr als aufwog.

Ueber die Lage der Arbeiter enthält der Bericht  
keine Angaben, die kapitalistischen Organisationen und Be-  
richterstatter verstehen eben unter „Industrie und Gewerbe“  
nur die Unternehmer. Gerade diese Feindseligkeit macht die  
stetige Berichterstattung der organisierten Arbeiter über  
ihre Verhältnisse zur dringenden Nothwendigkeit. Im  
Uebrigen gewähren die vorangeführten Mittheilungen doch  
ein beachtenswerthe gebräugte Uebersicht über den Gesichts-  
gang verschiedener Daseinsverhältnisse im verflossenen Jahre. Z.

### Aus anderen Bernfen.

\* Der Unterstützungverein der Kupferschmiede Deutschlands hielt sich genötigt, vom 1. April dieses Jahres ab die Unterstützungsätze um 15 pKt. zu erhöhen. In einer gemeinschaftlichen Sitzung des Zentralvorstandes und Zentralausschusses wurde als Ergebnis einer eingehenden Erörterung zu dieser Maßnahme geschlossen, um ein weiteres Sinken des Vereinsvermögens zu verhindern. Der kolossale Anstieg der Arbeitslosen, der voraussichtlich im zweiten Quartal laufenden Jahres noch fortbauern dürfte, ist die Ursache dieser Maßnahme. Zur Auszahlung kommen demnach aus Reiseunterstützungen pro Tag M. — 85, Ortsunterstützung in drei Stufen pro Woche M. 7,65, M. 6,45 und M. 5,10, Leistungsunterstützung je nach der Entfernung von M. 12,50 anfangend bis zum Höchstbetrage von M. 63. Bei Todesfall beträgt das Sterbegeld M. 170.

## Polizei und Gerichte.

\* **Ungetreue Vereinsbeamte.** Der ehemalige Vor-  
sitzende des Zweigvereins Freiburg i. Br. des Maurer-  
verbandes Jos. Maier und der ehemalige Kassirer Jos.  
Hermann wurden am 4. d. M. von der Strafkammer des  
Freiburger Landgerichts wegen Betrugs, Urkundenfälschung und  
Unterdrückung von Vereinsgeldern zu drei Monaten  
Gefängniß verurtheilt. Die vierwöchige Untersuchungs-  
haft wurde nicht in Anrechnung gebracht.

Der Kampf gegen Arbeiterorganisationen. Der Verband der Arbeitgeber in der Schweiz, der in Genuß seines Sieges hat, wird seit 1898 zu einem Kampfe um seine Existenz gezwungen. Dieser Kampf wird ihm von der Polizei in Genuß der Bewilligung des Vereinsgesetzes aufgezwungen. Der Verbandsvorstand soll der bürgerlichen Polizei ein Verzeichnis aller seiner Verbandsmittelglieder einreichen und sie auch in dem Bestande der Gesamtorganisation in ganz Deutschland eintreten, Veränderungen anzeigen. Gleichzeitig wird aber auch von Crispinwieschens daselbst ein Antrag an die bürgerliche Verwaltung gestellt für deren Verzicht ge stellt, so daß also doppelte Listen einzureichen sind. Die Beschwerde dagegen wurde bekanntlich bis zum Oberverwaltungsreife geführt und nun diesem abgemeldet.

Seit erstlich nun die Polizei sogar noch eine ausgiebige Anordnung über die Befahrung der Anzeiger, wonach sie verlangt:

„Ein genaues Mitgliedsverzeichnis bis zum 1. Oktober d. J. (1901. D. M.) einzureichen. Dasselbe muß Vor- und Zunamen, Stand und Wohnung jedes Mitgliedes enthalten und ist so zusammenzustellen, daß die einzelnen Mitgliedslisten alphabetisch geordnet hintereinander und bei jeder Zahlstelle, ebenfalls alphabetisch geordnet, die ihr zugehörigen Mitglieder aufgeführt sind.“

Mitglieder, die keiner Zahlstelle angehören, sind am Schluß in alphabetischer Reihenfolge aufzuführen.

Nach dem 1. Oktober d. J. sind im Laufe eines Monats eintretenden Veränderungen im Mitgliederbestande regelmäßig bis zum 15. des folgenden Monats hierher anzugeben.

Um die praktische Bedeutung dieser Forderung zu er-  
messen, muß man sich vergegenwärtigen, daß der Verband  
an 335 Dentschlands 36 000 Mitglieder hat und daß  
er, was sich zum Theil aus der schwunghaften Beschäftigungs-  
weise seiner Mitglieder erklärt, einen sehr starken Zu-  
wachs hat, z. B. in den Jahren 1898 und 1899 33 000 Zu-  
nahmen zu verzeichnen hatte.

Der Verband kam trotzdem der Forderung nach und zeigten sich 25 Pfund Listen ein. Die Ziffer war aber nicht vollständig, und der Bundesvorstand konnte sie bei besten Willen nicht verwirklichen; eine Anzahl Ortsvorstände in Bundesstaaten, wo solche vorzuziehliche Worte schrieben in Bundesstaaten, wo einfach kein Verzeichnis ist. Darauf Androhung einer Geldstrafe gegenüber dem Bundesvorstand. Die Befürchtung wird vom Regierungpräsidenten und vom Obersten zurückgewiesen. So kam die Sache zu dem Ergebnis, dass die Nationalversammlung

Die Unhaltbarkeit unserer vereinsrechtlichen Zustände wird durch solche Anwendung recht deutlich gemacht. Gleichviel ob Bureaucratismus oder politische Beweggründe die Anwendung verursachen: es ist einfach unmöglich, die heutigen Entwickelungen in eine Schablone zu pressen, die vor einem halben Jahrhundert gemacht worden ist. Das einzige Erreichte daran ist, daß es natürlich auch unmöglich ist, mit solchen Maßregeln den Fortschritt der Arbeiterbewegung aufzuhalten.

\* Wie weit ist der Streik gegen Lohnherabsetzung der § 153 der Gewerbeordnung anwendbar? Die Frage betrifft eine dieser Tage vom Staatsrat des Kammergerichts gefällte prinzipielle Entscheidung. Am 6. Mai 1891 war in der Nähmaschinen- und Fahrradfabrik von Rothmann zu Hildorf bei Berlin ein Streik ausgebrochen, weil die Löhne herabgesetzt werden sollten. Ein „Arbeitswilliger“ wurde nun am 9. Mai, als er von der Arbeit kam, von dem streikenden Arbeiter Wilde ein „ama abendlicherer Streikbeweis“

und Lump" genannt. Wülbe erhielt darauf eine Anklage wegen Verleumdung und wegen Vergeltens gegen § 132 der Gewerbeordnung, weil er einen anderen durch Ehrverletzung zu bestimmen versucht habe, an einer Verabredung demüßigen Erlangung geringerer Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen. Richter und Landgericht verurtheilten demgemäß den Angeklagten auf Grund des § 132 der Gewerbeordnung zu Verurteilung mit § 175 des Strafgesetzbuches zu einer Zwangs-Gefängnißstrafe.

Wilde legte Revision ein, zu deren Begründung Rechtswa-  
nsmann Dr. Seinemann vor dem Hammergericht aus-  
führte: Es könne niemand darauf an, ob der Angeklagte am  
9. Mai überhaupt noch in einem Vertragsverhältnis zum  
Fabrikanten Rothmann gestanden habe. Wäre die Sündig-  
ung ausschließlichen gewesen, dann hätte W. infolge der Ver-  
weisselungsverletzung in seinem vertraglichen Arbeitsverhältnis  
nicht gestanden und konnte nicht mehr eine Verbesserung der Loh-  
n- und Arbeitsbedingungen erfahren. Dann aber — und  
das sei vor allem ausschlaggebend — habe es sich hier über-  
haupt nicht um die „Erlangung günstigerer Lohn-  
und Arbeitsbedingungen“ gehandelt, sondern um die Aufrechterhaltung der be-  
stehenden Lohnverhältnisse. § 163 der Gewerbeordnung,  
der sich durch die Bezugnahme auf § 162 nur auf Ver-  
abredungen bezieht, „Erlangung“ günstigerer Lohn- und  
Arbeitsbedingungen beziehe, könne deshalb nicht angewendet  
werden.

Der Straffenat des Kammergerichts hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache mit folgender bedeutungsvollen Begründung an das Landgericht zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung zurück:

Das Landgericht hat den Begriff der „Erlangung gütlicher Lohnbedingungen“ im Sinne des §§ 152 und 153 des Gewerbeverordnungs-Gesetzes nicht erkannt. Die Anwendung des § 153 ist davon abhängig, daß eine Verabredung bezüglich der Höhe des Lohnes zwischen Arbeitgeber und Arbeitseingesetzten vorliegt. Diesem Zwecke könne nur ein Streik dienen, der für sich eine Lohnherabsetzung nach sich zieht, nämlich dann, wenn die Lohnabrechnung erst nach Ablauf der mit den Arbeitseingesetzten geschlossenen Verträge eintreten sollte, mit anderen Worten: wenn der Arbeitgeber ohne Verlegung einer gesetzlichen oder vertraglichen Bestimmung die Löhne herabzusetzen wollte. In diesem Falle wäre § 153 anzuwenden. Nicht anwendbar wäre er jedoch bei Streiks, die entfallend wären, wenn der Lohn schon für die Dauer der mit den Arbeitseingesetzten geschlossenen Verträge herabgesetzt worden wäre, wenn dann würde es sich um die „Erfüllung“ der bisherigen Lohnabreden handeln. Das Landgericht mußte nun nachprüfen, welcher dieser beiden Fälle vorliege, und je nachdem § 153 bei der Entlohnung anzuwenden oder nicht.

## Verschiedenes.

\* **Zantiemeu für Aufsichtsräthe.** In einer eben erschienenen kleinen Schrift des Professors Wachauer über die Reorganisation des Aufsichtsrathswezens in Deutschland findet sich eine Anzahl interessanter Mittheilungen über die Höhe der Zantiemeu, die einzelne Aufsichtsrathsmitglieder bei Aktien-gesellschaften erhalten. Der „Vorwärts“ veröfentlichte daraus nachstehende Aufzählung:

Name des Unternehmens	Gesamt- Zantitäten	Zantitäten für das einige Bischofs- jahr
1. Nationalbank für Deutschland	18	143579
2. Bank für Handel und Industrie	14	184381
3. Berliner Handels-Gesellschaft	20	268903
4. Direktion d. Diskontogesellschaft	22	321105
5. Geschäftsverein f. d. Bankverein	21	337800
6. Dresdner Bank	24	469438
7. Deutsche Bank	22	677419
8. Allgem. Elektrizitätsgesellschaft	11	304862
9. Berlin. Maschinenfabr. (Fremd)	5	38728
10. Berl. Maschinen (Schwarzkopff)	5	82486
11. Bismarckhütte	5	150931
12. Caro Wagnersche Hütte	6	86966
13. Deutsche Waffenfabrik.	16	95585
14. Eisenfelder Eisenfabrik	5	130407
15. Östlicher Eisenbahnmaterialeiten.	5	30380
16. Görlitzer Maschinen.	6	31822
17. Seltenerkerzeug. Bergwerk	17	255789
18. Große Berliner Straßenbahn	14	168209
19. Hammerwerke Maschinen.	9	129444
20. Hoesler Eisen- und Stahlwerk.	5	94892
21. Königs- und Laurahütte	11	193277
22. Loewe & Co.	15	93644
23. Norddeutscher Lloyd	14	248175
24. Ragnersche Brauerei	7	48775
25. Schaller Grundverein	10	150253
26. Siemens Glasindustrie.	3	80448
27. Union, Elektrizitäts-Gesellschaft	10	125863
28. Deutsche Grundschuldbank	7	41375
29. Elektrizitäts-Gesellsch. Stumm	6	38885
30. Naumeyer'sche Feinprodukte.	4	33000
31. Preuss. Hypotheken-Anstalt.	8	81165
32. Dresdner Kreditanstalt	8	91800
33. Köppler Drechseltornung.	5	254472

Dabei ist zu bedenken, daß die angeführten Zahlen die Kantien des Jahres 1900 angeben, also einer Zeit in der der wirtschaftliche Aufschwung bereits vorüber war. Geht es daraus zu schließen, daß die Kantien z. B. in den Jahren 1897—1899 noch viel höher waren. Nur die Jahre der jedsu zuletzt genannten Institute berichten über das Wirtschaftsjahr 1899. Nachst man die Zahlen zusammen, ergibt sich, daß 353 Aufstiegsratsmitglieder die ungeheure Summe von 5 489 402, und jeder Einzelne von ihnen rund 15 700 erhalten hat. Und zwar für nichts und wieder nichts; ohne jede nur irgendwie nennenswerthe Arbeitsleistung. Denn bekanntlich besteht gewohnheitsmäßig die ganze Thätigkeit des Aufstiegsrates solcher Untergänge in nichts Anderem, als der Abhaltung meist zweier oder dreier-jährlicher Sitzungen, die noch dazu formeller Natur zu sein pflegen. Dazu kommt aber weitere Umstand, daß ein großer Theil jener Personen nur eine, sondern meistens mehrere solcher Sitzungen

sichtsrathsposten inne zu haben pflegt. Nach einer Zusammenstellung im „Deutschen Economist“ 1901, Nr. 980, hatten d. B. 70 Personen 1154 solcher Posten, ein einziger Wankler in sich allein 57, zu bekleiden. Meinet nach bescheiden nur durchschnittlich drei solcher Stellen auf den Mann, so ergiebt sich die ungenügende jährliche Einnahme von *M* 47 000. Das ist reiner Mehrwerth, der von den Händen der Arbeiter in die Taschen der Kaufleute flieht.

in die Zukunft der Wohnung. **Zweiter Gewerkschaftsbauher**  
im Jahre 1901 in der Berliner Gewerkschaftshaus hat  
seinem Bericht über das zweite Geschäftsjahr (1901)  
ausgegeben, der in allen seinen Ergebnissen für ungünstig  
ist, aus der des Vorjahres. Sowohl war der Fremden-  
verkehr der Herberge, wie auch der Bierverkauf in dem  
Rekulturations (um monatlich 48 Hektoliter) geringer, als im  
ersten Geschäftsjahr. Beides hat seine Ursache in der schlechten  
Geschäftslage im Allgemeinen; besonders wurde der Herbergs-  
verkauf dadurch und nicht zum Schaden der Gesamtarbeiter-  
schaft, ungünstig beeinflusst, daß in den einzelnen Gewerks-  
schaften permanent vor Zugang von Arbeitlosen nach Berlin  
gewarnt wurde, dann wirkte die geringere Konsumfähigkeit  
der Arbeiterschaft sehr nachteilig auf den Geschäftsbetrieb  
des Gewerkschaftshauses. Die Bilanz des Unternehmens  
schließt pro 1901 mit einem Verlust von  $\mathcal{M}$  10 922,15, indem  
einem Ueberschuß von  $\mathcal{M}$  4539,95 Aufzeichnungen in der  
Gesamtheit von  $\mathcal{M}$  15 461,10 gegenüberstehen. Trotz  
dieses ungünstigen Ergebnisses sehen die Gesellschaften nicht  
trotz in die Zukunft. Die Wichtigkeit eines besseren Ge-  
schäftsganges hängt nicht nur von dem Nachlassen der Krisis  
ab. Die Erkenntnis von der Bedeutung des Gewerkschafts-  
hauses als eines Mittelpunktes für die Arbeiterbewegung  
die auch bei der Arbeitslosenführung wieder zu Tage ge-  
treten ist, muß sich immer mehr in der Berliner Arbeiter-  
schaft Bahn brechen.

Ganz ungewöhnlich günstiger ist der Gefährdungs-  
abschlag des Gewerkschaftshauses zu Frankfurt a. M.  
Wie wir der „Frankfurter Zeitung“ entnehmen, schätzte die  
Bilanz mit dem Gewinn von 16 000 ab, der nach Vor-  
schlag der Verwaltung dieses Jahr noch zu Vergrößerung  
um 15 bis 20% herbeiführt werden soll, während dem neuen Jahr  
an die Ueberflüsse auf Mühlzählungen auf die aufgenommenen  
Hypotheken verwandt werden sollen. Die Mittel für die  
Vergrößerung des Unternehmens waren vorher reichlich an-  
gekauft; es wurde auf die Liegenschaft an erster Stelle  
eine Hypothek von 320 000 zu Gunsten der Städtischen  
Sparkasse, an zweiter Stelle eine weitere Hypothek von  
320 000 zu Gunsten der Gesellschaft für Wohnbauten  
eingerichtet. - Platz und Gebäude sind durch die  
diesen Geldern vollständig bezahlt worden, auch die inneren  
Einrichtungen ist völlig bezahlt, Schulden sind, abgesehen von  
kleinen laufenden Kosten, nicht vorhanden. Dagegen be-  
sitzt die Gesellschaft außer anfängliche Reserven, so daß weiterer  
Ausstellungen nicht nötig erscheinen. Das Unternehmen ist  
völlig unabhängig von den verschiedenen Lieferanten; nur die  
Brauerei hat einen massigen Beitrag zu dem Inventar ge-  
leistet, der aber jederzeit zurückbezahlt werden kann.

### Eingegangene Schriften.

Die Nr. 6 des „**L'Operato Italiano**“, welche m  
Nr. 12 des „Grundstein“ zum Versand kommt, hat folgenden In  
halt: Träume. (Gedicht). — Die Arbeitslosigkeit. — Aus d  
feindlichen Lager. — Gewerkschaftsstatistik. — Die Streiks  
Italien in den Jahren 1900—1901. — Für den Verbandst  
der Steinhamer. — Der Arbeitgeber ist unnützlich. — Lohn- u  
Streikbewegung. — Unglücksfälle auf Bauten. — Verschlebe  
vom Inn- und Ausland.

### Briefkasten.

\* Redaktionschluss für Nr. 13 tritt bereits am Montag, den 24. d. M., ein. Alle für diese Nummer stimmten Bekanntmachungen, Inserate u. s. w. müssen, wenn Aufnahme gerechnet wird, bis dahin in unseren Händen sein.  
**Bernau, G. W.** Wir haben schon einmal darauf aufmerksam gemacht, daß wir Ihre Inserate nicht aufnehmen können. Wir wiederholen dies hiernit und erziehen um Angabe des Betrages, damit wir Ihnen die eingesandten M. 1.20 für die Vergrößerung zurückerstatten können.

**Meerane, J. D.** Wir bebauern, Ihnen befriedigende Auskunft nicht geben zu können. Bei einer Wittve Luther sind die Reimer'schen Kinder nicht in Pflege gewesen und eine „Grau Kaiserbrüde“ giebt es in Hamburg auch nicht. Wenden Sie sich um Auskunft an das Hamburgische Einnahmer-Meßamt.

**Griesenheim, K.** Es ist eine starke Zumuthung an uns, einen Versammlungsbericht vom 9. Februar jetzt noch anzunehmen. Wir lehnen die Aufnahme ab.

**Düffeldorf, 2.** Zeitungsausschnitte, in welchen ü  
Unfälle berichtet wird und die mit den Worten beginn  
„Gestern usw.“, können wir nicht gebrauchen. Wir ersud  
Sie deshalb, künftigh das Datum, an dem sich die Unf  
ereigneten anzugeben.

**Kelbra, v.** Die betreffende Person kann freiwillig Mitglied der Kasse bleiben, wenn sie nicht zu einer anderen Beschäftigung übergetreten ist, vermöge welcher sie Mitglied einer anderen Kasse werden muß. Die Versicherungsbeiträge sind aber fortlaufend weiter zu bezahlen und die Person n. n. Gemeinbezirk ihres bisherigen Aufenthaltsortes verbleibt oder in dem Gemeinbezirk ihren Aufenthalt nehmen, welchem sie zuletzt beschäftigt war. (§ 11 des Krankenversicherungsgesetzes.)

**Wedel, B.** Es ist nicht Strafporto, was Sie beim Empfang der Pakete zu bezahlen haben, sondern Bestellgeld. Dagegen können wir nichts machen. Wenn Sie das Bestellsparen wollen, müssen Sie der Post die Mittheilung machen, daß Sie die Pakete abholen wollen.

Wittstock und Nicstedten. Die Bekanntgabe  
Sperre ist unterblieben, weil Sie seit einem halben Jahre ni  
mehr darüber berichtigt haben.



Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.  
in Hamburg.